

## Anatomie der Parteizentrale

Studien des Forschungsverbundes SED-Staat  
an der Freien Universität Berlin

Herausgegeben von  
Klaus Schroeder und Manfred Wilke

# Anatomie der Parteizentrale

Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht

Herausgegeben von  
Manfred Wilke



Akademie Verlag

Titelfoto: Die auf dem Einband verwendeten Fotos zeigen das am 11. November 1945 eingeweihte sowjetische Ehrenmal im Berliner Tiergarten, im Hintergrund die Ruine des Reichstages, sowie Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck im Gespräch (v.l.n.r.). Quelle SAPMO-BArch, Bildarchiv, Y 1-1309/70; Y 1-472/69N.

Redaktionsschluß: Oktober 1997

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Anatomie der Parteizentrale** : die KPD/SED auf dem Weg zur  
Macht / hrsg. von Manfred Wilke. – Berlin : Akad. Verl., 1998  
(Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin)  
ISBN 3-05-003220-0

ISSN 0946-9052

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1998  
Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der R. Oldenbourg-Gruppe.

Das eingesetzte Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Druck: GAM Media GmbH, Berlin  
Bindung: Druckhaus „Thomas Müntzer“, Bad Langensalza

Printed in the Federal Republic of Germany

# Inhalt

Vorwort.....	11
--------------	----

MANFRED WILKE

Kommunismus in Deutschland und Rahmenbedingungen politischen Handelns nach 1945. Zur Einführung .....	13
---	----

1. Die kommunistische Herrschaftsordnung und die sozialistische Selbstkritik .....	13
2. Der KPD-Apparat 1945 .....	16
3. Die Tradition der Komintern und die Stalinisierung der KPD vor 1933 .....	19
Erster Weltkrieg und Kominterngründung 19 – Die Bolschewisierung der KPD 20 – „Internationalistische Kader“ 22 – Die KPD-Nachkriegsführer als Überlebende der „Säuberungen“ 24	
4. Potsdam: Der alliierte Dissens über Deutschland .....	25
Vier-Zonen-Deutschland 25 – Der Anfang der bipolaren Weltordnung 27	
5. Die KPD als Faktor der sowjetischen Deutschlandpolitik .....	29
Die Planungen aus dem Moskauer Exil 29	
6. Ost- oder Westorientierung – der Weg der Deutschen in die bipolare Weltordnung .....	34
Niederlage und Besatzungserfahrung 34 – Die KPD als Instrument der sowjetischen Deutschlandpolitik 36	
7. Walter Ulbricht – Revolutionär aus eigenem Recht?.....	40
8. Zu den Beiträgen in diesem Band.....	43

MICHAEL KUBINA

Der Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD 1945-1946 .....	49
--	----

1. Verdeckte Vorarbeiten zum Aufbau des Parteiapparates .....	53
2. Die Beratungen der sowjetischen Führung mit der KPD-Spitze in Moskau im Juni 1945 .....	59
3. Die Zuständigkeiten der Mitglieder des „provisorischen Sekretariats“ .....	69
4. Bezirksleitungen und Parteaufbau .....	72
5. Der Apparat und die Mitglieder des „provisorischen Sekretariats“ des „ZK“ .....	76
Walter Ulbricht 79 – Franz Dahlem 86 – Anton Ackermann 91 – Wilhelm Pieck 97	

6. Organisatorische Vorbereitungen für die Vereinigung mit der SPD im zentralen Parteiapparat .....	99
7. Einflußnahme sowjetischer Stellen beim Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD .....	102
8. Fazit .....	107
9. Anlagen.....	109
Die Abteilungen des KPD-Sekretariats und ihre Mitarbeiter 1945/46	109 –
Ausschüsse/Kommissionen	113 – Tabellen 115

#### FRIEDERIKE SATTLER

Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem des zentralen Parteiapparates der KPD 1945/46 .....	119
1. Kommunistische Bündnispolitik.....	119
2. Politische Parteien im Kalkül sowjetischer Deutschlandpolitik .....	122
3. Der politische Kontrollapparat der SMAD .....	125
4. Bündnispolitische Aktivitäten der „Gruppe Ulbricht“ .....	128
5. „Aktionseinheit“ statt „Einheitspartei“ .....	132
6. Die Konstituierung der „Einheitsfront“ .....	136
7. Der Konflikt um die Bodenreform .....	143
Erste Vorbereitungen im zentralen Parteiapparat der KPD	144 – Der Vorstoß auf Landes-
ebene	150 – Die Vermeidung des offenen Konflikts in der Einheitsfront
154 – Agitation und Propaganda für die Bodenreform	158 – Beschwichtigung und Konfrontation
160	
8. Die Vereinigungskampagne.....	167
Eine „neue Offensive“ zur „Vertiefung der Aktionseinheit“	167 – Differenzierung und
Vereinnahmung	175 – Die Vorbereitung der zonalen Vereinigung und ihre nationale
Rechtfertigung	184 – Die sowjetische Entscheidung
188 – Die Beseitigung der Sozial-	demokratie
191	
9. Fazit .....	207
Bündnispolitische Bilanz	207 – Zum Problem der Personalisierung sowjetischer Politik
210	

#### MANFRED WILKE

Schumachers sozialdemokratischer Führungsanspruch und die Gründung der SED .....	213
1. Die SED-Gründung als Zäsur der deutschen Teilungsgeschichte .....	213
2. Der sozialdemokratische Führungsanspruch .....	214
3. Die Einschätzung der Sozialdemokratie durch die Kommunisten in Moskau .....	218
4. Berlin und Hannover – zwei sozialdemokratische Führungszentren.....	222
5. Oktober 1945: West- oder Ostorientierung der Sozialdemokratie?.....	224
6. Die SPD als Westpartei und die Gründung der SED .....	227

PETER ERLER

„Moskau-Kader“ der KPD in der SBZ .....	229
1. Erläuterung des Begriffs „Moskau-Kader“ .....	231
2. Zur Charakterisierung der „Moskau-Kader“ - Versuch einer Typologie .....	235
Die „erste Generation“ der Emigration 235 – Die „zweite Generation“ der Emigration 240 – „Spätheimkehrer“ 241 – Weitere „SU-Emigranten“ 241	
3. Herleitung der Sonderrolle der „Moskau-Kader“ und Festlegung ihrer zukünftigen Einsatzschwerpunkte durch die Parteiführung .....	242
4. Quantifizierung der „Moskau-Kader“ und ihre Schulung für den unmittelbaren Einsatz in Deutschland .....	245
5. Rückführung der „Moskau-Kader“ und der deutschen Emigranten aus der Sowjetunion .....	252
6. Konfliktfelder zwischen „Moskau-Kadern“ und „Kommunisten im Lande“ .....	257
Zur Diskussion über Programmatik und Organisationsfragen in der KPD im ersten Nachkriegsjahr – Schwerpunkte 257 – Weitere Felder parteiinterner Zwistigkeiten 267 – Das Verhältnis zur Sowjetunion und zum Auftreten der Roten Armee 269 – Zur Entwicklung der Gruppenkonflikte in der SED 271	
7. Einsatzschwerpunkte der „Moskau-Kader“ in der SBZ 1945-1949 .....	277
Der Parteiapparat der KPD/SED in der SBZ und auf Länderebene 278 – Die Haupt- bzw. Zentralverwaltungen der SBZ und die Verwaltungen auf Länderebene 287 – Kultur und Medien 289 – Ausblick 291	

VLADIMIR VLADIMIROVIČ SACHAROV, DMITRIJ NIKOLAEVIČ FILIPPOVYCH, MICHAEL KUBINA

### Tschekisten in Deutschland. Organisation, Aufgaben und Aspekte der Tätigkeit der sowjetischen Sicherheitsapparate in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945-1949) .....

.....	293
1. Die Tschekisten organisieren ihre Arbeit .....	296
2. Der Apparat der „Organe“ in der SBZ .....	301
Der Apparat des NKVD(MGB)-Bevollmächtigten in Deutschland 301 – Die NKVD(MGB)-Opersektoren und –gruppen 301 – Die Parteiorganisation in den NKVD(MGB)-Einheiten 303 – Die NKVD(MGB)-Gefängnisse 303 – Die inneren NKVD(MGB)-Truppen 304 – SMERŠ/Sonderabteilungen der 3. Hauptverwaltung des MGB 305 – Die NKGB(MGB)-Militärzensur 306	
3. Die Arbeit der „Organe“ .....	306
Die „Säuberung“ von „feindlichen Elementen“ 306 – Der Spitzelapparat 310 – Finanzierung der Arbeit der „Organe“ 311 – Exempel: die Arbeit der speziellen Opergruppe im sächsischen Uranbergbau 312 – Rechtlosigkeit und prophylaktische Repression 314 – Tschekisten als private Beutejäger 317 – Sowjetische Staatssicherheit und die politische Kontrolle der SBZ 318 – Die „Organe“ und die antibolschewistische Emigration 322 – Die „Organe“ und die Repatriierung 325 – Die Jagd nach deutschen wissenschaftlich-technischen Kapazitäten 326 – Die „Organe“ und die westlichen Geheimdienste in Deutschland 329	
4. Schluß .....	332

HANS-PETER MÜLLER

„Parteiministerien“ als Modell politisch zuverlässiger Verwaltungsapparate. Eine Analyse der Protokolle der SED- Innenministerkonferenzen 1946-1948 .....	337
1. Zum politischen Stellenwert der Innenministerkonferenzen .....	337
2. Vorgeschichte: Die Unterhöhlung des Föderalismus 1945-1947 .....	342
3. Personalpolitik als Kaderpolitik.....	348
„Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten“ 349 – Personalpolitische Richtlinien für die Bildung der Länderregierungen 353 – Personalämter als politisches Steuerungsinstrument 357 – Zentralproblem der SED: Kadermangel 359 – Werder- Konferenz 362 – Verlust der Personalkompetenz 363	
4. Die Zentralisierung und Konzentration von Kompetenzen bei den Innenministerien .....	364
Organisation der Polizei als Modell 365 – Schulung statt Aus- und Weiterbildung 366 – Einführung von Polizeistrafrecht 368 – Ordnungspolitik der Besatzungsmacht: SMAD-Befehle 201 und 234 370 – Politisierung der Verwaltung 371 – Machtin- strumente der SED: DWK, DVdI und „Volkskontrolle“ 373 – Planwirtschaft und Polizeistrafrecht 375 – Taktische Zugeständnisse 378 – Die „Partei in Staatsverant- wortung“ für den historischen Fortschritt 380 – Die Innenministerien als „Partei- ministerien“ 385 – Innenministerien als „Staatsmachtministerien“ 389 – Kom- petenzklärung zwischen DWK und DvdI 392 – Umformung von Verwaltungen in „politisch zuverlässige Apparate“ 393	
5. Unterhöhlung der Gewaltenteilung: Das Schicksal der Verwaltungs- gerichtsbarkeit .....	396
6. Die „Parteiministerien“ im Spiegel institutioneller Machtkonjunkturen des entstehenden SED-Staates. Versuch eines Fazits .....	404

MICHAEL KUBINA

„Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein.“ Zum Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED 1945-1949 .....	413
1. Der „offizielle“ Apparat für die Westarbeit im zentralen Parteiapparat (1945-1948)...	417
KPD als Reichspartei 417 – SED als Reichspartei? 422 – „Arbeitsgemeinschaft von SED und KPD“ 427 – Auflösung der Zonenleitung 435 – Sozialistische Volkspartei Deutschlands als Westpartei? 436 – Westabteilung beim SED-Zentralsekretariat? 444	
2. Konspirative Apparate der KPD/SED (1945-1948) .....	446
Richard Stahlmanns Grenzapparat – Abteilung Verkehr 448 – Ernst Wollweber und der Nachrichten-Apparat der KPD/SED 459 – Bruno Haidts Abwehrapparat und die Kader- bzw. Personalpolitische Abteilung 472	
3. Reorganisation der Westapparate ab 1949.....	483
Westkommission 484 – Zerschlagung des N-Apparates und Aufbau des Außenpolitischen Nachrichtendienstes 489	
4. Fazit .....	492
5. Anlagen.....	495

## HEIKKI LARMOLA

## Sowjetisierung oder Neutralität?

Warum Finnland nicht den Weg der Tschechoslowakei ging..... 501

1. Nach Prag Helsinki? ..... 501
2. Späte Nationalstaaten..... 502
3. Weltpolitische Kosten-Nutzen-Analyse..... 502
4. Der Wandel des weltpolitischen Systems und die Sowjetisierung in Osteuropa ..... 504
5. Der Weg der Tschechoslowakei zum Stalinismus..... 507
6. Wie die Amerikaner ihre Gelegenheit verschenkten ..... 509
7. Die Tschechoslowakei – eine Ausnahmeerscheinung in Osteuropa..... 510
8. Warum der Weg der Tschechoslowakei nicht der Weg Finnlands war ..... 512

## KLAUS SCHROEDER

Die DDR: eine (spät-)totalitäre Gesellschaft..... 525

1. Die Ablösung des Totalitarismusmodells in der westdeutschen DDR-Forschung vor 1989..... 528
2. Zugänge zur Erforschung der DDR-Geschichte nach 1989 ..... 539
3. Die Kennzeichnung der DDR durch die Forschung nach 1989..... 542  
 Die DDR als sozialistische Parteidiktatur 542 – Genese und Entwicklung des  
 Totalitarismusmodells 545 – Die DDR: ein (spät-)totalitärer Versorgungs- und  
 Überwachungsstaat 556

Abkürzungen ..... 563

Personen ..... 569

Autoren ..... 583



# Vorwort

Die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes sind im wesentlichen im Rahmen des von der Volkswagenstiftung geförderten und noch laufenden Projektes „Die Parteiführung der SED und ihr zentraler Apparat. Zur Struktur, Funktion und Entwicklung der politischen Machtzentrale in der SBZ/DDR“ entstanden. Sie untersuchen Aspekte der Entwicklung und Struktur der Parteizentrale während der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland (SBZ), als der zentrale Parteiapparat noch nicht die wirkliche politische Macht- und Schaltzentrale in der SBZ war.

Die Arbeiten beruhen auf umfangreichen Recherchen in verschiedenen Archiven, so dem Archiv der sozialen Demokratie in Bonn, den Landesarchiven von Brandenburg und Berlin und der Außenstelle Berlin des Bundesarchivs. Wichtigster Quellenbestand für unser Projekt ist jedoch das ehemalige zentrale Parteiarchiv der SED, das jetzt von der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ verwaltet wird. Ohne die Hilfsbereitschaft der dortigen Archivare, die stets einen unkomplizierten Zugang zu den Archivalien ermöglichten und uns hervorragende Arbeitsbedingungen boten, wären die oft aufwendigen Recherchen nicht zu realisieren gewesen. Ihnen sei im besonderen Maße und stellvertretend für die Mitarbeiter auch der anderen Archive gedankt.

Schließlich ist noch Monika Deutz-Schroeder für die Lektorierung dieses Bandes, Kerstin Pohl für die technische Fertigstellung und Cornelia Wassmann für die Erstellung von Manuskripten zu danken. Ein Druckkostenzuschuß der Freien Universität Berlin half, den Preis für das Buch in erträglichem Rahmen zu halten.



# Kommunismus in Deutschland und Rahmenbedingungen politischen Handelns nach 1945.

## Zur Einführung

### 1. Die kommunistische Herrschaftsordnung und die sozialistische Selbstkritik

Ausgangspunkt des Projektes des Forschungsverbundes SED-Staat zum zentralen Parteiapparat der KPD/SED ist ein theoretischer Ansatz über den totalitären Charakter der kommunistischen Herrschaftsordnung in den Staaten des sowjetischen Imperiums. Die politische Ordnung in den Ländern des sowjetischen Blocks orientierte sich in ihrer Struktur am sowjetischen Vorbild. Die Parteizentralen der kommunistischen Parteien betrieben konsequent die Gewaltenkonzentration und nutzten den Staat als wichtigstes Instrument, um zu einer totalitären und durch Kader<sup>1</sup> organisierten Lenkung und Kontrolle aller gesellschaftlichen Lebensbereiche der ihnen unterworfenen Menschen im Namen des Sozialismus zu gelangen. In dieser Gesellschaftsordnung besaß die individuelle Selbstbestimmung ebenso wenig Bedeutung wie das kollektive Recht von Berufsgruppen. Zutreffend und ungeniert benutzte die Parteipropaganda den Terminus von „unseren Menschen“.

Dieses Verständnis von der Struktur und dem totalitären Charakter der kommunistischen Parteiherrschaft basiert auf den Ergebnissen einer realistischen Kommunismusforschung, die nicht zuletzt auf der Selbstkritik marxistischer Intellektueller beruht, die selbst Kommunisten waren und mit der Partei und dem Marxismus-Leninismus brachen. Viele begannen ihren Weg im Bemühen um eine Reform des sowjetischen Sozialismusmodells. Die Widersprüche zwischen der visionären Verheißung des Sozialismus als einer Ordnung, in

---

1 Unter Kader verstand die SED Personen, die in der Partei als Funktionäre im Staatsapparat, in der Wirtschaft, der Kultur, der Wissenschaft und in den Massenorganisationen als Leitungskräfte oder wissenschaftlich ausgebildete Spezialisten aufgrund ihrer politischen Zuverlässigkeit und fachlichen Fähigkeiten eingesetzt waren. Somit bedeutete Kaderpolitik die Umsetzung von Parteibeschlüssen in eine Grundkonzeption für die Auswahl und den Einsatz von Kadern durch den zentralen Parteiapparat. Vgl. Dieter Voigt/Lothar Mertens, Kader und Kaderpolitik, in: Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hg.), Lexikon des DDR-Sozialismus, Paderborn, München, Wien, Zürich 1996, S. 322f.

der Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt werden, und die Praxis der kommunistischen Parteiherrschaft erneuerten von Generation zu Generation immer wieder in den kommunistischen Parteien die Kritik an den bestehenden Zuständen.<sup>2</sup> Scharfsinnig hat Eugen Lemberg die geistige Achillesferse diagnostiziert, die die Kommunisten hatten, als sie im Besitz der Macht waren. Lenin und Stalin hatten die Macht eines Weltreichs erobert, aber „diese Macht hat sich selbständig gemacht und nimmt ihrerseits die Ideologie in ihren Dienst. Die Ideologie ist aus einem Zweck zum Mittel geworden. Sie muß dazu herhalten, nicht nur die Macht, sondern auch all ihre Repression und ihre Verbrechen zu rechtfertigen. Das aber ist den Gläubigen der ersten Stunde unerträglich. Das treibt sie dem Feind in die Arme oder ins ideologische Niemandsland.“<sup>3</sup> Im Zentrum solcher kritischer Analysen marxistischer Intellektueller über die kommunistischen Parteien an der Macht steht immer der Parteiapparat, die Zentrale der Diktatur. Der Wert dieser Arbeiten beruht nicht zuletzt auf dem Erfahrungswissen dieser „Dissidenten“. Autoren wie Ota Sik<sup>4</sup> und Michael Voslensky<sup>5</sup> veröffentlichten ihre Analysen, als das sowjetische Imperium noch existierte und seine Archive geschlossen waren. Ihre Arbeiten und der 1965 im polnischen Untergrund publizierte offene Brief von Jacek Kuron und Karol Modzelewski an die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei<sup>6</sup> lieferten für unser Forschungsvorhaben über den Zentralen Parteiapparat der SED eine plausible theoretische Perspektive, um Aufbau, Struktur und Mechanismen der Parteizentrale von KPD/SED und ihres Apparates, gestützt auf seine archivalische Überlieferung, zu erforschen.

Die Arbeit von Kuron und Modzelewski hat für die Fragestellung nach den Beziehungen der Parteizentrale zu den Untergliederungen und den Mitgliedern besonderes Gewicht, weil die Autoren, denen es 1965 um die Reform der PVAP ging, mit der Untersuchung des innerparteilichen Einflusses der Mitglieder auf den Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß der PVAP begannen. Sie konstatieren, daß jedes Mitglied zwar das Recht auf eine eigene Meinung hat, aber durch das bestehende Fraktionsverbot es ihm unmöglich war, seine Vorstellungen, vor allem dann, wenn sie von der Linie abweichen, in den Grundorganisationen der Partei zu propagieren und Mitstreiter zu suchen. Unter diesen Bedingungen wurden die auf Konferenzen abgehaltenen Wahlen der Mitglieder der Parteiinstanzen zu reinen Fiktionen. Der hierarchisch organisierte Apparat der Partei legte durch seine Kadervorschläge die Wahlergebnisse zudem im vorhinein fest. Die Partielite war gleichzeitig die Machtelite, die alle staatlichen Entscheidungen traf und deren Mitglieder eine Kumulation von Ämtern betrieben. Da diese Machtelite über den Staat verfügte, bestimmte sie gleichzeitig über die verstaatlichten Produktionsmittel, entschied über die Investitionen, die Produktion und Verteilung der Konsumgüter sowie über den Anteil der einzelnen gesellschaft-

---

2 Vgl. Hermann Weber, *Demokratischer Kommunismus? Zur Theorie, Geschichte und Politik der kommunistischen Bewegung*, Hannover 1969, S. 273ff.

3 Eugen Lemberg, *Ideologie und Gesellschaft. Eine Theorie der ideologischen Systeme*, Stuttgart 1971, S. 118.

4 Ota Sik, *Das kommunistische Machtsystem*, Hamburg 1976.

5 Michael S. Voslensky, *Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion*, Wien 1980.

6 Jacek Kuron/Karol Modzelewski, *Monopolsozialismus. Offener Brief an die Mitglieder der Grundorganisation der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und an die Mitglieder der Hochschulorganisation des Verbandes Sozialistischer Jugend an der Warschauer Universität*, Hamburg 1969.

lichen Gruppen am Volkseinkommen. Die Machtelite entschied eigenmächtig, und sie war frei von jeder Kontrolle von seiten der ihr unterworfenen Bevölkerung, einschließlich der einfachen Parteimitglieder. „Monopolbürokratie“ nannten Kuron und Modzelewski die Spitze der PVAP.

Jede Geschichte der DDR, dieses untergegangenen deutschen Teilstaates, der immerhin fast solange existierte wie das von Otto von Bismarck gegründete deutsche Kaiserreich, muß die zentralen Parteiinstitutionen zum Gegenstand einer strukturellen Analyse der „Partei“ machen, um die Entstehung, den Aufbau und die Sicherung der Diktatur zu erklären. Auch auf diesem Feld haben die Pioniere einer realistischen vergleichenden Deutschland- und DDR-Forschung bedeutsame Leistungen erbracht, an die wir anknüpfen. So hat Carola Stern in ihrem 1954 publizierten Handbuch über die SED die statuarische Bedeutung von Parteitag, dem formal höchsten Parteiorgan, mit dem Zentralkomitee und der innerparteilichen Praxis der SED verglichen und gezeigt, daß die Führung der Partei in den Händen von Politbüro und Sekretariat des Zentralkomitees lag. Zum Zeitpunkt dieser Analyse amtierte in der DDR noch die Sowjetische Kontrollkommission (SKK),<sup>7</sup> und Stern bezieht die Abstimmung der SED-Politik mit der KPdSU bzw. mit den zuständigen sowjetischen Dienststellen in Berlin mit ein. Alle wichtigen personalpolitischen Fragen in Partei, Staat und Wirtschaft regelte das Sekretariat des ZK, dem in Personalunion die wichtigsten Mitglieder des Politbüros angehörten.

Die Beschlußfassung von Direktiven der Partei durch das Zentralkomitee war somit rein formaler Natur. Widerspruch oder wesentliche Abänderungsvorschläge der ZK-Mitglieder waren für sie nicht risikolos, sie konnten als mangelndes Vertrauen in die Person des Ersten Sekretärs, ein Titel, der nach dem Tod Stalins den Begriff Generalsekretär ersetzte, gewertet, oder als Kritik an den „sowjetischen Freunden“ ausgelegt werden und ein Verfahren vor der Zentralen Parteikontrollkommission oder gar den Ausschluß aus dem ZK zur Folge haben.

Die Mitgliedschaft im Zentralkomitee bedeutete also nicht Teilhabe an der Macht der eigentlichen Kommandozentrale, sondern sie war vor allem ein Kriterium für die Bedeutung der parteilichen, staatlichen bzw. gesellschaftlichen Position, die ihr jeweiliger Inhaber ausübte und zugleich ein Kriterium für den individuellen Rang in der Führungsspitze der Partei. Das ZK-Mitglied demonstrierte öffentlich die grundlegende Aufgabe aller als Kader eingesetzten Parteimitglieder. Sie hatten in ihrem Amt, in ihren Grundorganisationen oder im Wohngebiet als Mittler zwischen der Partei und den oft zitierten „Massen“ zu funktionieren und die Linie der Partei durchzusetzen. Die Geschlossenheit und Einheit der Partei und die von den Mitgliedern geforderte Disziplin gehörten ebenfalls zu den typischen Merkmalen einer kommunistischen Partei. Die Parteiführung kontrollierte ihre Mitglieder durch ein ganzes Instrumentarium innerparteilicher Disziplinierungsmaßnahmen, die im Falle der Abweichung von der Linie eingesetzt wurden und die von der Rüge bis zum Ausschluß reichten. Ein eigenes Parteiorgan, die vom ZK berufene und von einem Politbüro-Mitglied geführte Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) wachte über die Einheit und Reinheit

---

7 Vgl. Stefan Kreuzberger, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: Lexikon des DDR-Sozialismus, S. 523.

der Partei.<sup>8</sup> Die Kontrolle der Mitglieder war kein Selbstzweck, sondern nur so konnte die SED das staatliche und gesellschaftliche Leben der DDR versuchen zu dirigieren und zu kontrollieren. Ernst Riechert sah im zentralen Parteiapparat der SED den „Kern der innerstaatlichen Willensbildung“<sup>9</sup> in der DDR. Riechert, Stern, Kuron, Modzelewski, Sik und Voslensky analysierten die Organisationsstrukturen und Herrschaftsmechanismen von regierenden kommunistischen Parteien in Europa. Der Frage, wie diese Parteien im Zuge der Herausbildung des sowjetischen Imperiums nach 1945 die Macht ergriffen, wurde von ihnen nicht untersucht.

## 2. Der KPD-Apparat 1945

Als die sowjetische Besatzungsmacht durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) mit deren Befehl Nr. 2 im Juni 1945 für ihre Zone die Bildung von Parteien erlaubte, konnten sich KPD, SPD, LDPD und CDU als antifaschistisch-demokratische Parteien konstituieren.

Der Aufbau des KPD-Parteiapparates 1945/46 als erster zentralistisch organisierten politischen deutschen Institution in der SBZ wurde von der sowjetischen Führungsspitze verfügt, die damit eine entscheidende Weichenstellung in ihrer Deutschlandpolitik vornahm, die die weitere Entwicklung nicht nur dieses Apparates, sondern auch der SBZ insgesamt, präjudizierte. Die Vereinigung der KPD mit der SPD zur SED führte allenfalls zu einer nominellen, nicht aber zu einer substantiellen Veränderung der Apparatstrukturen.<sup>10</sup>

Unter den Bedingungen alliierter Besetzung funktionierte der Zentrale Parteiapparat der KPD/SED noch nicht als die eigentliche politische Macht- und Schaltzentrale der SBZ, und selbst als eine staatsaufbauende Instanz spielte er nur eine Nebenrolle. Alle grundsätzlichen politischen und verwaltungsmäßigen Entscheidungen waren im besetzten Deutschland Sache alliierter Kompetenz, und sie fielen im Kontrollrat oder auf der zonalen Ebene durch die jeweilige Militärregierung. Die politische und gesellschaftliche Ordnung in der SBZ entstand als von der Sowjetunion geschaffene militärische Transformationsdiktatur. Diese betraf zwar alle deutschen Staatsangehörigen in gleicher Weise, war aber essentiell auf das politische Umsetzungsvermögen der deutschen kommunistischen Kader angewiesen. In dieser Zuarbeit erwarben sie erste Eigenständigkeit. Dieser Kontext gilt insbesondere in den Politikbereichen, in denen die politische Systemtransformation auf dem Prinzip der Freiwilligkeit der Deutschen selbst beruhen oder militärischer Zwang nicht eingesetzt werden sollte. Der Zentrale Parteiapparat von KPD/SED war einem von den Alliierten gewollten staat-

---

8 Vgl. Carola Stern, *Die SED. Ein Handbuch über Aufbau, Organisation und Funktion des Parteiapparates*, o. O., o. J. (Köln 1954).

9 Ernst Riechert, *Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*, Köln und Opladen 1958, S. 1.

10 Vgl. den Beitrag von Michael Kubina zum Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD in diesem Band.

lichen Autoritätsdefizit unterworfen und konnte nur auf der Grundlage von Befehlen und Direktiven der Besatzungsmacht operieren. Von den Führungen der demokratischen Parteien in allen Zonen unterschied sich der Parteiapparat der KPD in einem wesentlichen Punkt: Waren diese Politiker ebenso wie die Verantwortlichen in den Kommunen und Ländern bemüht, den Rahmen deutscher Selbstbestimmung gegenüber den Besatzungsmächten in einer konfliktorischen Kooperation zu erweitern, so war der Parteiapparat der KPD darauf bedacht, die politischen Intentionen der sowjetischen Staatsführung auf die deutschen Verhältnisse zu übertragen. Hierfür ist das direkte Zusammenwirken zwischen der sowjetischen und der deutschen Parteiführung bei allen zentralen Entscheidungen, sei es die Reorganisation der kommunistischen Partei, die Bodenreform oder die Gründung der SED,<sup>11</sup> gewichtiger Beleg.

Die Schlüsselpositionen im zentralen Parteiapparat besetzten die Moskauer Kader, der Aufbau der Partei in allen vier Besatzungszonen erfolgte unter ihrer Kontrolle, sie gaben die politische und programmatische Linie vor.<sup>12</sup> In den Augen von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht waren die Kommunisten, die in Deutschland Gefängnis, soziale Ächtung und Konzentrationslager überlebt hatten, bestenfalls gutwillige Sektierer, deren Verhalten in der NS-Zeit einer kritischen Überprüfung durch die Partei unterzogen und die ebenso wie die neugewonnenen Mitglieder einer umfassenden Schulung unterworfen werden mußten. Auf die Zusammensetzung der KPD-Führung hatten die Mitglieder keinerlei Einfluß. Der zentrale Parteiapparat begann seinen Weg zur Macht mit der Unterwerfung und stalinistischen Ausrichtung seiner Parteimitglieder. Kommunisten aus dem Land wurden regional und kommunal oder in den Gewerkschaften und anderen, vorgeblich überparteilichen Organisationen eingesetzt, wo sie mit ihrer Biographie den antifaschistisch-demokratischen Neuanfang scheinbar authentisch repräsentieren konnten. Die Zusammensetzung der Unterzeichner des Gründungsaufrufs der KPD vom Juni 1945 untermauert diese These. Nur drei der sechzehn Unterzeichner kamen nicht aus dem Moskauer Exil. Von ihnen ist allein Franz Dahlem in die engere Parteiführung aufgenommen worden, der er vor dem Krieg bereits angehörte. Er arbeitete seit 1920 in verschiedenen Funktionen im Parteiapparat der KPD, stieg 1928 ins Polbüro auf, war von 1937 bis 1938 in der politischen Leitung der internationalen Brigaden in Spanien und repräsentierte die Auslandsleitung der KPD in Paris bis 1939. Er wurde 1939 in Frankreich interniert und 1941 an das Deutsche Reich ausgeliefert. Im Mai 1945 wurde er in Mauthausen aus dem KZ befreit und nach Moskau geflogen, und hier fiel Anfang Juni die Entscheidung, daß Dahlem „Kaderleiter der KPD“<sup>13</sup> werden soll. Neben Dahlem standen nur Hans Jendretzky und Ottomar Geschke als Kommunisten aus dem Land unter dem Aufruf. Beide kamen aus dem Apparat der KPD. Hans Jendretzky begann seine Funktionärskarriere als Leiter des Roten Frontkämpferbundes (RFB) von Berlin-Brandenburg und war bis 1933 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, als deren Pol-Leiter ab 1929 Walter Ulbricht fungierte.<sup>14</sup> Ottomar Geschke, der nach 1933 über acht

---

11 Vgl. hierzu den Beitrag von Friederike Sattler in diesem Band.

12 Vgl. den Beitrag von Peter Erler in diesem Band.

13 Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 2, Frankfurt/Main 1969, S. 92.

14 Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 2, S. 173.

Jahre in Zuchthäusern und Konzentrationslagern zubrachte und der im KZ Buchenwald dem illegalen internationalen Lagerkomitee der Häftlinge vorsah, führte als Mitglied der Zentrale der KPD nach 1924 die „Bolschewisierung“ der Partei durch und war kurzzeitig in der Führung der Komintern in Moskau tätig.<sup>15</sup>

Schon im Moskauer Exil hatte sich die KPD-Führung das Ziel gestellt, in den neu entstehenden deutschen Gewerkschaften den hauptamtlichen Apparat sofort mit den eigenen Leuten zu besetzen.<sup>16</sup> Der Kader Jendretzky, wird hier eingesetzt, er gehörte dem vorbereitenden Gewerkschaftsausschuß für Groß-Berlin an, der Ende Mai 1945 die Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) in der Stadt vorbereitete. Die Zusammensetzung dieses Gremiums, in dem Walter Ulbricht eine dominierende Rolle spielte, garantierte bereits den hegemonialen Einfluß der KPD. Ein Jahr später wurde Hans Jendretzky zum ersten Vorsitzenden des FDGB in der SBZ gewählt.

Ähnlich planmäßig wurde die gesellschaftliche Machtausdehnung seitens der Kommunisten beim Ausschuß für die „Opfer des Faschismus“ (OdF) vorangetrieben, den der Magistrat von Groß-Berlin im Hauptamt für das Sozialwesen unter Führung des Stadtrates Ottmar Geschke einrichtete. In der deutschen Zusammenbruchgesellschaft nach dem Krieg besaß die Versorgung mit Lebensmitteln, medizinischer Hilfe, Arbeit und Wohnung für die aus den Gefängnissen und Lagern befreiten politischen Häftlinge überlebenswichtige Bedeutung. Der Hauptausschuß übernahm es auch, Kriterien festzulegen, nach denen eine Anerkennung als Opfer des Faschismus erfolgte. Er unterschied Kämpfer gegen und Opfer des Faschismus, zu ihnen zählten namentlich die jüdischen Opfer.

Der Hauptausschuß der OdF organisierte zunächst in Berlin einen Überblick über die Betroffenen, begutachtete ihre Anträge auf Eingruppierung in diese beiden unterstützungsfähigen Kategorien und lehnte ungerechtfertigte Anträge ab.<sup>17</sup>

Der demokratische Neuanfang basierte in allen vier Besatzungszonen auf einem anti-nationalsozialistischen Konsens der Alliierten, deren erklärtes Kriegsziel die Ausmerzung des Nazismus war. In dieser Situation war die organisatorische und politische Kontrolle über die Bildung von Interessengemeinschaften politisch Verfolgter des nationalsozialistischen Regimes für die KPD von eminenter Bedeutung.

Die ersten Personalentscheidungen des Zentralen Parteiapparates wiesen bereits eine deutliche Hierarchie unter den Kadern der Kommunistischen Partei auf. Die Schlüsselpositionen im Zentralen Parteiapparat wurden ausschließlich mit Moskauer Kadern besetzt, dies traf auch auf den Bereich der Massenmedien zu. So wurde Rudolf Herrstadt Chefredakteur der Berliner Zeitung und Hans Mahle Leiter des „Berliner Rundfunks“. Parteiintern ließ Ulbricht erst gar keinen Zweifel daran aufkommen, wer die Linie der Partei bestimmte. So er-

15 Vgl. Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus*, Bd. 2, S. 134.

16 Vgl. Horst Laude/Manfred Wilke, *Die Pläne der Moskauer KPD-Führung für den Wiederaufbau der Gewerkschaften*, in: Klaus Schroeder (Hg.), *Geschichte und Transformation des SED-Staates*, Berlin 1994, S. 27ff.

17 Die Ausführungen zum OdF in Berlin stützen sich auf: von Simone Hannemann, *Die Entstehung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, 1945-1959*, Arbeitspapiere des Forschungsbundes SED-Staat der FU Berlin, Nr. 27/1997.

innerte sich Robert Havemann an eine Zusammenkunft einer Gruppe politischer Häftlinge, die wie er aus dem Zuchthaus Brandenburg kamen, mit Ulbricht, der den befreiten Häftlingen unnachsichtig klarmachte, daß die aus Moskau gekommenen Kader die Linie der künftigen Politik bestimmen werden.<sup>18</sup>

### 3. Die Tradition der Komintern und die Stalinisierung der KPD vor 1933

Um das reibungslose Funktionieren der Zusammenarbeit zwischen den Kadern in Schlüsselpositionen des Zentralen Parteiapparates der KPD und der sowjetischen Besatzungsmacht zu verstehen, bedarf es eines Rückblicks auf die Stalinisierung der KPD, namentlich ihres hauptamtlichen Funktionärskorps, in der Weimarer Republik.

#### a. Erster Weltkrieg und Kominterngründung

Die KPD entstand als Partei der sozialistischen Revolution am Ende des Ersten Weltkrieges. Zu den zentralen Streitpunkten der innerparteilichen Linken im Krieg mit der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie gehörte die besonders von Rosa Luxemburg vertretene Forderung nach einer neuen zentralistischen Internationale, die an die Stelle der im Krieg zerfallenen II. Internationale der sozialdemokratischen Parteien treten sollte. Hatte es diese Internationale doch nicht vermocht, beim Ausbruch des Krieges 1914 eine gemeinsame Politik der Arbeiterbewegung in allen kriegsführenden Ländern gegen den Krieg zu organisieren und Streiks und Massenproteste für den Sturz der kapitalistischen Ordnung durchzuführen. Die Schuld am Scheitern des sozialdemokratischen Internationalismus beim Ausbruch des Weltkrieges suchten Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und die deutsche Linke in der SPD im „Verrat“ der Führungen der sozialdemokratischen Parteien und der falschen organisatorischen Verfassung der alten Internationale, bei der es sich nur um einen Dachverband selbständiger nationaler Parteien handelte. Die Forderungen nach einer neuen Internationale erhob auch der bolschewistische Flügel der russischen Sozialdemokratie.

Im Schweizer Exil forderte Vladimir I. Lenin, der Kopf der Partei, den imperialistischen Weltkrieg durch die Entfesselung der sozialistischen Weltrevolution zu bekämpfen. Die von den Bolschewiki geforderte neue Arbeiter-Internationale sollte frei sein von den „verräterischen Kriegssozialisten“, so Lenins Formulierung in den „Aprilthesen“ von 1917.<sup>19</sup> Nach der bolschewistischen Machtergreifung 1917 in der Oktoberrevolution in Rußland wurde die III., die Kommunistische Internationale (Komintern), im März 1919 im Moskauer Kreml gegründet. Die KPD war Gründungsmitglied und damit eine der Sektionen

---

18 Vgl. Robert Havemann, *Ein deutscher Kommunist*, hrsg. von Manfred Wilke, Reinbek 1978, S. 67.

19 Vgl. V. I. Lenin, *Ausgewählte Werke*, Bd. II, Berlin (Ost) 1954, S. 10.

der III. Internationale, die – als Produkt des Weltkrieges – sich als „Generalstab der Weltrevolution“ verstand.<sup>20</sup> Bereits das erste Statut der Komintern von 1920 schrieb die Hegemonie der bolschewistischen Partei über die Internationale fest und räumte dem Exekutivkomitee (EKKI) das Recht ein, sich in die inneren Angelegenheiten der nationalen Sektionen einzumischen und den Ausschluß von Mitgliedern zu verlangen. Das Statut verpflichtete die Kommunisten der ganzen Welt, neben der legalen Organisation illegale Strukturen aufzubauen, wie sie für die Vorbereitung von Aufständen und zur systematischen Ausspähung des politischen Feindes gebraucht wurden.

Der Erste Weltkrieg hatte eine ganze Generation in dem Glauben bestärkt, Krieg und Gewalt seien die ultima ratio der Politik. Die Taktik der Generalstäbe im Weltkrieg, ihr Stellungskrieg, ihre Material-, Zermüblings- und Durchbruchschlachten wurden zu Metaphern der politischen Strategie der Kommunisten zwischen den beiden Weltkriegen. Die weltrevolutionären Hoffnungen der frühen Jahre der Komintern erfüllten sich nicht, der geplante „deutsche Oktober“ 1923 wurde für die KPD zum Fiasko. Die Komintern beschloß 1924 eine Bolschewisierungskampagne ihrer Sektionen, um die noch fortwirkenden sozialdemokratischen Traditionen in den Parteien auszumerzen. Die Schlüsselbegriffe lauteten: Parteiapparat, Kampfstab und zentralistische Führung. Es ging der Komintern um zuverlässige Parteiapparate in den nationalen Parteien, und deren „internationalistischer Korpsgeist“ trat an die Stelle der internationalen Solidarität der Arbeiter. Aus der Perspektive des Projektes Weltrevolution erschienen, wie Anni Kriegel das Selbstverständnis der Komintern beschreibt, Kontinente, Nationen, Staaten und Regionen als „untereinander abhängige Schlachtfelder eines und desselben Krieges [...]. Lokalisierte Siege (in Rußland), Niederlagen (in Deutschland 1919-1923) sind nur Peripetien in einem Gesamtprozeß, strategische Wechselfälle (partielle oder verallgemeinerte), Offensiven und Defensiven sind nur Etappen, die durch eine notwendigerweise globale Perspektive miteinander verbunden sind.“<sup>21</sup>

## b. Die Bolschewisierung der KPD

Zeitgleich mit dem Tod von Lenin wurde mit Hilfe der Komintern die KPD-Führung unter Vorsitz von Heinrich Brandler gestürzt. Aber noch konnte die Komintern in der deutschen Partei nicht schalten und walten, wie sie es wollte. Der 1924 illegal tagende IX. Parteitag wählte in Frankfurt „gegen den Einspruch des Komintern-Vertreters Manuilskij“<sup>22</sup> eine Zentrale, in der die Parteilinke die Mehrheit besaß. Ruth Fischer und Ernst Thälmann wurden die neuen Führer der Partei. Stalin, Iosif Stalin war bereits Generalsekretär der KPdSU, aber noch nicht unbestrittener Herr über die eigene Partei. Verbündet mit Gregorij Zinovev,

20 Vgl. Theo Pirker, *Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920-1940*, München 1964. Jüngst hat Francois Furet in seiner *Geschichte des Kommunismus* erneut auf die Bedeutung des Ersten Weltkrieges hingewiesen; vgl. Francois Furet, *Das Ende der Illusion*, München/Zürich 1995.

21 Anni Kriegel, *Die dritte Internationale*, in: Jacques Droz (Hg.), *Geschichte des Sozialismus*, Bd. X, Frankfurt/Berlin/Wien 1977, S. 88.

22 Hermann Weber, *Demokratischer Kommunismus?* S. 183.

dem Vorsitzenden der Komintern, führte er zur damaligen Zeit seine fraktionelle Auseinandersetzung mit Lev Trockij. Vor diesem Hintergrund beschloß der V. Weltkongreß der Komintern, der im Juli 1924 in Moskau tagte, die „Bolschewisierung“ der Mitgliederparteien. Neben dem ideologischen Kampf gegen den „Trotzkismus“ ging es in der KPD auch um den sogenannten „Luxemburgismus“. „Die meisten früheren Spartakisten und Freunde Rosa Luxemburgs waren innerparteiliche Gegner der Parteilinken, das bot der neuen linken Führung Anlaß genug, den Gegensatz zwischen Rosa Luxemburg und Lenin zu vergrößern und den Luxemburgismus zu verdammen.“<sup>23</sup> Von gravierender Bedeutung waren aber die innerparteilichen Veränderungen, die sich im Parteaufbau der KPD vollzogen. Der demokratische Zentralismus als Organisationsprinzip wurde in Gestalt der Hierarchisierung der Parteiorganisation durchgesetzt. So mußten die Parteileitungen jeweils von der nächsthöheren Instanz bestätigt werden, und in den Bezirken konnten Parteiangestellte nur „im Einverständnis mit der Zentrale angestellt und abberufen werden“.<sup>24</sup> Durch die bahnbrechende Untersuchung von Hermann Weber über die Wandlung des deutschen Kommunismus in der Weimarer Republik, die in die Stalinisierung der Partei mündete, ist die enge politische und personelle Verflechtung zwischen der Führung und dem Apparat der KPD und der Moskauer Zentrale herausgearbeitet worden:

„Parteiführung und -apparat gerieten – mehr als die eigentliche Partei – in eine immer stärkere, nicht zuletzt auch materiell bedingte Abhängigkeit von der Moskauer Zentrale. Da unter den Sektionen der Komintern die russische alle übrigen überragte – sowohl an politischer Erfahrung und geistiger Potenz (man denke nur an Köpfe wie Lenin und Trotzki) als auch an handfester Macht und materiellen Hilfsquellen –, erwuchs aus der Abhängigkeit der KPD von der Komintern die Unterordnung unter die KPdSU. Der wachsende Glaube von Funktionären und Mitgliedern der KPD an das sowjetische Vorbild wirkte wie eine ideologische Rechtfertigung dieses Verhältnisses. Die Auseinandersetzungen in der KPD-Führung orientierten sich – mindestens seit 1923 – an den Fraktionskämpfen der KPdSU; dadurch verweben sich die deutsche und sowjetische Parteientwicklung noch mehr miteinander.“<sup>25</sup>

Ohne das Verständnis dieser organisatorisch und ideologisch bedingten Verflechtung des KPD-Apparates mit dem der Komintern kann der Aufbau der KPD nach 1945 durch die „Moskauer Kader“ nicht verstanden werden. Schon in der KPD der Weimarer Republik waren das „Polbüro“ und das „Politsekretariat“ die wirklichen Führungsorgane der Partei. Nach den Vorgaben der Komintern richtete das ZK der KPD folgende Abteilungen ein: Organisation, Gewerkschaften, Agitation und Propaganda (Agitprop), Frauen, Land und eine Geschäftsabteilung, in der die Buchhaltung und die Kasse verwaltet wurden. Verantwortlich für die Abteilungen waren die vom ZK bestimmten Sekretäre. Zur operativen Anleitung der Parteibezirke verfügten die Abteilungen je nach Bedeutung über „Instrukteure“. Die Arbeitsmethoden des Parteiapparates waren ausgeprägt bürokratisch, die wichtigsten Schaltstellen zur Umsetzung der Politik des ZK-Sekretariats in die Partei hinein waren die Bezirksleitungen, die wiederum die Stadt- und Ortsverbände instruierten.

---

23 Hermann Weber, *Demokratischer Kommunismus?* S. 184.

24 Organisationsbeschlüsse über die Umgestaltung der Parteiorganisation (beschlossen von der Zentrale der KPD), Mai 1924, zit. nach Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Bd. 1, S. 265.

25 Weber, *Wandlung*, Bd. 1, S. 300.

Bereits vor 1933 war es dem ZK-Sekretariat gelungen, sich bei der Besetzung hauptamtlicher Schlüsselfunktionen auf allen Ebenen fast vollständig von innerparteilichen Wahlvorgängen freizuhalten. Eine zentralistisch gesteuerte Kaderpolitik wurde damit zum wichtigsten Instrument innerparteilicher Machtsicherung der Führung. Ihre Voraussetzung war die nach Komintern-Vorgaben festgelegte Verpflichtung von Zentralkomitee und Bezirken, zu diesem Zweck „eine Registratur der leitenden Parteiarbeiter zu schaffen“.<sup>26</sup> Die hauptamtliche Organisationspyramide der Partei erweckte nach außen einen imposanten Eindruck von ihrer revolutionären neuen Schlagkraft, dennoch blieb die Zahl der hauptamtlichen Parteifunktionäre relativ klein. Weber schätzt ihre Zahl für das Deutsche Reich auf 500 bis maximal 1.000. Knapp 2.500 Arbeitnehmer waren in den parteieigenen Druckereien und Verlagen beschäftigt, und weitere knapp 4.000 Kommunisten arbeiteten bei Konsumgenossenschaften und Sowjetinstitutionen in Deutschland. Viele dieser KPD-Mitglieder, die ihren Arbeitsplatz direkt oder indirekt der Partei verdankten, übten in der KPD ehrenamtliche Funktionen aus.<sup>27</sup> Kennzeichnend für die Bolschewisierung der KPD war die Umsetzung einer gezielten Kaderrekrutierung. Die Voraussetzung hierfür schuf eine intensive Mitglieder- und Funktionärsschulung. 1927 entstand ein hierarchisch gegliedertes Schulungswesen. Es basierte auf der Elementarschulung der Mitglieder, aber im Mittelpunkt stand die Funktionärsausbildung. Die Qualifizierung der Spitzenfunktionäre der KPD erfolgte an der 1926 gegründeten Lenin-Schule in Moskau.

Durch die systematische Schulung von Funktionären gelang es dem Politsekretariat des ZK, die ideologische Ausrichtung der Partei zu forcieren und auch die Opposition in der innerparteilichen Willensbildung auszuschalten. Die Bolschewisierung brauchte zu ihrer Umsetzung nicht den visionären Revolutionär, sondern einen anderen Typus des kommunistischen Politikers, den Apparatschik. Es war die Zeit, in der Walter Ulbricht in die Führung der KPD aufstieg.<sup>28</sup> Nachdem er 1929 Vertreter der KPD beim EKKI in Moskau war, wurde er auf dem Weddinger Parteitag 1929 Vollmitglied des Polbüros. Die Komintern verstand sich als Weltpartei. Das EKKI, vergleichbar dem Zentralkomitee, trat relativ selten zusammen. Die eigentliche Macht lag in seinem Präsidium und dem Politsekretariat. In diesen Gremien wurden auch die entscheidenden Personalfragen der nationalen Parteiführungen behandelt, während die internationale Kontrollkommission „über die Einheit und Reinheit der Komintern“<sup>29</sup> wachte.

### c. „Internationalistische Kader“

Die Kaderakten der leitenden KPD-Funktionäre, namentlich die, die als Politemigranten im Moskauer Exil lebten, wurden von der Komintern geführt. Nach deren Auflösung 1943

---

26 Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 265.

27 Ebenda, S. 290.

28 Vgl. Carola Stern, Ulbricht. Eine politische Biographie, Köln/Berlin 1964, zitiert nach der Taschenbuchausgabe, Frankfurt/Berlin o. J., S. 46ff.

29 Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 298.

wurden sie von der internationalen Abteilung der KPdSU übernommen.<sup>30</sup> Somit gehörten diese deutschen Kommunisten zu den Nomenklaturkadern, deren Einsatz nur in Abstimmung mit dem ZK der KPdSU erfolgte.<sup>31</sup> Viele der exilierten KPD-Funktionäre gehörten zu den „internationalistischen Kadern“, die seitens der Komintern systematisch in den nationalen Parteien rekrutiert wurden, um im Apparat der Komintern zu arbeiten. Einige dieser Kader wurden vom sowjetischen Nachrichtendienst in ihre Netze eingebaut, wie z. B. Richard Sorge. Für diese internationalistischen Kader der KPdSU, die aus der deutschen Arbeiterbewegung kamen, besaß die Loyalität gegenüber der Sowjetunion oberste Priorität. So erklärte zum Beispiel Ernst Thälmann, der Vorsitzende der KPD 1926: „Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung ist die Stellung zur proletarischen Diktatur in der Sowjetunion. Hier scheiden sich die Geister, und sie müssen sich scheiden! Die Stellung zur Sowjetunion entscheidet auch über die Frage, zu welchem Lager man in den Fragen der deutschen Politik gehört, zum Lager der Revolution oder zum Lager der Konterrevolution.“<sup>32</sup> Schließlich erklärte Iosif V. Stalin 1927 die Pflicht zur Verteidigung der Sowjetunion zu einer individuellen Verhaltensnorm für jeden Kommunisten.<sup>33</sup> Diese Haltung zur Sowjetunion wurde von der KPdSU und den ihr verbundenen stalinistischen Führern der nationalen Parteien als Legitimation benutzt, um zunächst den hauptamtlichen Parteiapparat von Anhängern der jeweils in der KPdSU geächteten „linken“ oder „rechten“ Abweichung von der jeweils gültigen „Generallinie“ zu „säubern“. Die Ausrichtung der nationalen Parteien auf die jeweilige sowjetische Linie war aber kein Selbstzweck. Mit den von den „internationalistischen Kadern“ geführten nationalen Parteien verfügte die sowjetische Führung über einen von ihr abhängigen Einflußapparat in anderen Ländern, der die Ziele der sowjetischen Außenpolitik unterstützen konnte.<sup>34</sup>

---

30 Vgl. den Beitrag von Peter Erler in diesem Band.

31 Borys Lewytskij schreibt über die Konzeption der Kaderpolitik in der Stalinschen Despotie, die von der an sich richtigen These ausging, "daß die Schlüsselpositionen in wirtschaftlichen, staatlichen und sogar gesellschaftlichen Organisationen mit Fachleuten besetzt werden sollen, die das volle Vertrauen der Partei genossen. ... In Gestalt einer in keinem Gesetz vorgesehen Institution, der sogenannten Nomenklatura, schuf sich die Parteibürokratie ein Instrument, um in der ganzen sowjetischen Gesellschaft Auslese, Einsatz und Verteilung der Kader unter ihre Kontrolle zu bringen ... Unter Stalin entwickelten sich bestimmte Prozeduren, zwar auch informell, aber bewußt getragen und bedingt durch die Herrschaftstechnik des Despoten. Betriebsdirektoren und Leiter von Behörden und Institutionen wurden davon 'in Kenntnis gesetzt', welche Posten sogenannte 'Nomenklatura-Posten' sind. Sie erhielten dann von den Parteikomitees 'Empfehlungen' ..., an welche Personen sie zu vergeben seien. Aufgabe der Behörden war nur noch der formelle Vertragsabschluß. Dabei galt stillschweigend eine ebenfalls illegale Klausel, wonach Abberufung, Neubesetzung und Entlassung von 'Nomenklaturpersonal' ausschließlich Sache der Partei waren. Kündigung durch Vorgesetzte war ausgeschlossen." Borys Lewytskij, Die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Partei eines Ordens, Stuttgart 1967, S. 165f.

32 Ernst Thälmann, Protokoll erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, 22. November – 16. Dezember 1926, zit. nach: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Ernst Thälmann. Eine Biographie, 2 Bände, Bd. 1, Berlin (Ost) 1980, S. 308.

33 Vgl. I. V. Stalin, Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR, zit. nach Hermann Weber, Die Kommunistische Internationale, Hannover 1966, S. 162.

34 Michael S. Voslensky hat die ausländischen kommunistischen Parteien als "Stützpunkte der Sowjetunion in diesen Ländern" bezeichnet. Über die Bedeutung dieser Parteien für die sowjetische Politik schrieb er: "Die übrigen Länder haben nur offizielle Vertretungen, während der UdSSR und den ihr

Auch der Einsatz der deutschen Politemigranten in Moskau nach Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion 1941 unterstreicht diese These. Die Politemigranten werden in die Propagandatätigkeit der sowjetischen Armee einbezogen, arbeiten in den Antifa-Schulen an der Umerziehung gefangener deutscher Soldaten, und einzelne von ihnen kämpfen in den Reihen der sowjetischen Armee.

#### d. Die KPD-Nachkriegsführer als Überlebende der „Säuberungen“

Das proklamierte Ziel der KPD war vor 1933 der revolutionäre Sturz der Republik und der kapitalistischen Ordnung, die KPD wollte die proletarische Diktatur nach sowjetischem Vorbild. Aber nicht die KPD, sondern die nationalsozialistische Bewegung unter Adolf Hitler führte den revolutionären Sturz der Republik herbei. Die KPD wurde verboten und erbarmungslos verfolgt. Viele Funktionäre der Partei wurden in das sowjetische Exil beordert.<sup>35</sup>

Vor 1936 beschränkte sich die euphemistisch mit „Säuberung“ umschriebene Praxis in den kommunistischen Parteien auf Parteiausschlüsse, soziale Ächtung und Verhaftungen. Mit dem ersten Moskauer Schauprozeß von 1936 änderte sich die Bedeutung dieses Wortes aus der Parteisprache. Stalins Terror begann, sich gegen die Mitglieder der eigenen Partei zu richten. „Wie immer man den Begriff ‘Stalinismus’ definieren mag“, betont zurecht Markus Wehner, „dem hohen Maß staatlich ausgeübter Repression muß dabei zentrale Bedeutung zukommen.“<sup>36</sup> Dieser Terror richtete sich auch gegen die Kader der kommunistischen Partei und der Komintern und betraf auch viele ausländische Kommunisten. Wehner schreibt weiter: „Im Fall der deutschen Kommunisten war die Moskauer Exil-Führung der KPD selbst in die Organisation des Terrors involviert. Allein zwischen September 1936 und September 1937 schloß das Exil-Politbüro der KPD mindestens 458 ‘Volksfeinde’ aus der Partei aus – die meisten vor, manche nach ihrer Verhaftung durch das NKWD.“<sup>37</sup> Die deutsche Sektion in der Zentrale der Kommunistischen Internationale in Moskau teilte Ende April 1938 mit, daß mehr als 70 % der KPD-Mitglieder im sowjetischen Exil verhaftet wurden. Nach Abschluß des Paktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion wurden verhaftete deutsche Kommunisten in den Jahren 1939 bis 1941 der Gestapo überstellt.

Es waren somit im doppelten Sinne Überlebende, die als „internationalistische Kader“ aus der deutschen Arbeiterbewegung von der siegreichen Sowjetunion in die Schlüsselpositio-

---

verbündeten Ländern zusätzlich überall eigene Parteien zur Verfügung stehen. Wenn sie auch klein sind, so bestehen sie doch aus Bürgern des betreffenden Landes, die ihr Vaterland kennen, Kontakte mit den verschiedensten Schichten der Bevölkerung unterhalten und wichtige Informationen sammeln können.“ Michael S. Voslensky, *Nomenklatura*, 3. aktualisierte und erweiterte Ausgabe, München 1987, S. 493.

35 Carola Tischler, *Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933-1945*. Münster 1996.

36 Markus Wehner, *Stalinistischer Terror. Genese und Praxis der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion 1917-1953*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 37-38/96, 6. 9. 1996, S. 15-28.

37 Ebenda, S. 23f.

nen ihrer deutschen Besatzungszone eingesetzt wurden, und die im Juni 1945 in Moskau von Stalin den Auftrag erhielten, die KPD wieder aufzubauen. Wenn heute in der zeitgeschichtlichen Literatur über die „Stalinisierung der SED“ diskutiert wird,<sup>38</sup> sollte nicht vergessen werden, daß die Moskauer Kader 1945 bereits Stalinisten waren. Die Stalinisierung der KPD erfolgte vor 1933, und die Stalinisten waren gewillt, Funktionäre und Mitglieder der neu entstehenden KPD auf ihre Linie auszurichten und taten dies auch nach Gründung der SED mit den hinzugekommenen Sozialdemokraten.

## 4. Potsdam: Der alliierte Dissens über Deutschland

### a. Vier-Zonen-Deutschland

Mit der Befreiung von Auschwitz, der Eroberung und Besetzung Deutschlands durch die alliierten Sieger und der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 schied das Deutsche Reich als souveräner Staat aus der Völkergemeinschaft aus. „Was nun eintrat, war die Vernichtung des deutschen Staates.“<sup>39</sup> Am 5. Juni 1945 übernahm der Alliierte Kontrollrat in Berlin die oberste Regierungsgewalt über das in vier Besatzungszonen neu gegliederte und in seinem Bestand erheblich verkleinerte Deutschland. Das Land wurde faktisch und rechtlich zum Objekt der Politik der vier Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges. Diese legten die neuen Grenzen des deutschen Staatsgebietes fest, lösten Preußen auf und schufen neue Länder, wie z. B. Nordrhein-Westfalen. Sie verfügten einzeln und gemeinsam den Verlust der östlichen Provinzen des Reiches, die Aussiedlung seiner Bewohner und der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei. Sie bestimmten Struktur und Zeitplan des Wiederaufbaus staatlicher Institutionen, und sie mußten zusammen mit der deutschen Verwaltung den Hunger, die Not, die Obdachlosigkeit und den Wiederaufbau des vom Krieg verwüsteten Landes bewältigen. Der Verlust der deutschen Souveränität war eine selbstverschuldete Folge der nationalsozialistischen Kriegs- und Rassenpolitik und hatte zur Konsequenz, daß die Ordnungsvorstellungen der alliierten Siegermächte den politischen, ökonomischen und sozialen Wiederaufbau des Landes in allen Besatzungszonen prägten.

Die gemeinsamen alliierten Vereinbarungen über die Nachkriegsordnung in Deutschland erwiesen sich nur in den Punkten als konsensfähig, in denen es um gemeinsame Sicherheit vor einer erneuten Bedrohung des europäischen Friedens durch deutsche Aggression ging. In der Mitteilung über die Potsdamer Konferenz der Staats- und Regierungschefs von Großbritannien, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika heißt es: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die

---

38 Vgl. Andreas Malycha, *Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950*, Berlin 1996, v. a. S. 9ff.

39 Eberhard Jäckel, *Das deutsche Jahrhundert*, Stuttgart 1996, S. 229.

notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“<sup>40</sup> Zugleich bekundeten die Hauptsiegermächte ihre Absicht, das deutsche Volk weder zu versklaven noch zu vernichten. Die Besetzung des Landes sollte dazu dienen, Deutschland die Möglichkeit zu geben, „sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen“.<sup>41</sup> Die Siegermächte sicherten die Gleichbehandlung der Bevölkerung in allen vier Besatzungszonen zu. Der demokratische Neuaufbau eines deutschen Staatswesens war erklärtes Besatzungsziel, zu ihm sollte die Auflösung des nationalsozialistischen Einheitsstaates und eine föderale Neugliederung des Landes ebenso gehören wie die kommunale Selbstverwaltung, die Ausarbeitung von Landesverfassungen, die Errichtung von Parlamenten, die Zulassung demokratischer Parteien und die Durchführung von Wahlen. Eine deutsche Zentralregierung sollte es nicht geben, wohl aber Zentralverwaltungen für Finanzen, Transporte, Verkehr, Außenhandel und Industrie, die unter direkter Leitung des Alliierten Kontrollrates tätig werden sollten.

Ein Schritt auf dem Weg zur Teilung Deutschlands war das französische Veto im Kontrollrat gegen die Errichtung dieser Zentralverwaltungen. Die französische Regierung, an der bis zum Sommer 1947 die Kommunisten beteiligt waren, war nicht nach Potsdam eingeladen worden. Die französische Politik hatte, wie Rován es einschätzt, „panische Angst vor einem Wiedererstarken des deutschen Imperialismus“, und sie war entschlossen, „diesmal das durchzusetzen, was ihrem Vorgänger 1918/1919 verweigert worden war: die Teilung Deutschlands“.<sup>42</sup> Das erfolgreiche französische Veto gegen die Errichtung deutscher Zentralverwaltungen zeigte sehr früh, daß der Kontrollrat, dessen Entscheidungen nur im Konsens gefällt wurden, als Gremium ungeeignet war, das besetzte Land zu regieren. Das Gremium war in seinen Entscheidungen abhängig von interalliierten Kompromissen, mit denen die bestehenden Interessengegensätze bis zum Frühjahr 1948 immer wieder überwunden werden mußten. Die unumschränkte Regierungsgewalt übte jede Besatzungsmacht allein in ihrer Zone aus, und die Zonen wurden zum eigentlichen Ausgangspunkt für den Neuanfang deutscher Politik und der Rückgewinnung ihrer Souveränität im eigenen Land.

---

40 Mitteilung der Drei-Mächte-Konferenz von Berlin (Potsdamer Protokoll), Potsdam, 2. August 1945, in: Dietrich Rauschnig (Hg.), *Rechtstellung Deutschland. Völkerrechtliche Verträge und andere rechtsgestaltende Akte*, Nördlingen 1985, S. 6.

41 Ebenda.

42 Joseph Rován, *Geschichte der Deutschen. Von ihren Ursprüngen bis heute*, 2. verbesserte Auflage, München/Wien 1995, S. 684. Mit Blick auf die weitere Entwicklung in der Auseinandersetzung zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion bewertet Rován diese französische Entscheidung als positive Rückenstärkung für die deutsche Demokratie: "Dadurch, daß Frankreich sich dem Aufbau von deutschen Zentralverwaltungen widersetzte, entzog es der Sowjetunion ein wichtiges Instrument, dessen sie sich bedienen wollte, um in den Westzonen zu intervenieren und eine gewisse Kontrolle auch über sie zu erlangen. Denn hätten die Zentralverwaltungen in Berlin ihre Arbeit aufgenommen, so wären sie unmittelbar dem Druck der Sowjets ausgesetzt gewesen, und die deutschen Kommunisten hätten in ihnen weit mehr und weit einflußreichere Posten übernommen, als ihrem tatsächlichen oder vermutlichen Rückhalt beim Wähler entsprach. Paris erwies der wiedererwachenden deutschen Demokratie also einen großen Dienst, auch wenn das zum damaligen Zeitpunkt sicherlich nicht das Motiv war, von dem sich der französische Regierungschef de Gaulle und sein Außenminister Georges Bidault leiten ließen." (S. 685)

## b. Der Anfang der bipolaren Weltordnung

Aufstieg und Niedergang von Weltmächten prägen den Gang der Weltgeschichte. Unter diesem Blickwinkel betrachtet teilten sich die alliierte Kontrolle über das besiegte Deutsche Reich 1945 zwei niedergehende europäische Kolonialreiche mit zwei aufstrebenden Weltmächten. Allein schon aus diesem Kräfteungleichgewicht ergaben sich unterschiedliche Zielsetzungen dieser Mächte hinsichtlich der Nachkriegsordnung in Europa und ihrer damit verbundenen Deutschlandpolitik.

Henry A. Kissinger hat die weltpolitischen Ordnungsvorstellungen, von denen sich die Politik der drei Hauptsiegermächte nach dem Krieg leiten ließ und die ihre Deutschlandpolitik bestimmen sollten, plausibel beschrieben: Großbritannien wollte das traditionelle europäische Gleichgewicht der Kräfte wiederherstellen, „um so, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten, ein Gegengewicht zum sowjetischen Großreich im Osten zu bilden“.<sup>43</sup> Ganz andere Vorstellungen hatten dagegen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion über die globale Zukunft der Völkergemeinschaft. Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt wollte eine von Großbritannien, den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und China kontrollierte und im Rahmen der zu gründenden Vereinten Nationen organisierte Weltordnung, die den Frieden gegen jeden potentiellen Aggressor verteidigte.

Die Vereinten Nationen wurden 1945 gegründet, China, Frankreich, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion nahmen als wichtigste Großmächte der Zeit ihren ständigen Sitz im Sicherheitsrat ein. Ausgestattet mit einem Vetorecht gegen Beschlüsse der Mehrheit im Sicherheitsrat oder der Vollversammlung standen sie an der Spitze der internationalen Hierarchie der Staatengemeinschaft.<sup>44</sup> Die Vorstellungen des sowjetischen Staatschefs Stalin waren nach der Auffassung von Kissinger „ebenso von der kommunistischen Ideologie wie von den Traditionen russischer Außenpolitik geprägt. Ihm kam es vor allem darauf an, im Falle eines sowjetischen Sieges gleichsam die Gewinne einzustreichen und den sowjetischen Einfluß bis weit nach Mitteleuropa hinein auszudehnen. Die Territorien, die die sowjetische Armee erobern konnte, sollten zu Satellitenstaaten umgestaltet werden, um die Sowjetunion mit Hilfe dieser Pufferzone vor einem weiteren Angriff Deutschlands zu schützen.“<sup>45</sup> Diese neuen weltpolitischen Interessenlagen nach dem gemeinsamen Sieg der Anti-Hitler-Koalition über das Deutsche Reich prägten die Beschlüsse der Konferenz von Potsdam und waren die Ursache für die Verschiebung der grundsätzlichen Entscheidungen über die künftige politische und soziale Ordnung Deutschlands auf

---

43 Henry A. Kissinger, *Die Vernunft der Nation über das Wesen der Außenpolitik*, Berlin 1994, S. 420.

44 Die Einstufung der Bedeutung eines Staates in der Weltpolitik richtet sich seit ihrer Entstehung nach dem jeweiligen Machtpotential, über das dieser Staat verfügt: "Neben dem Siedlungsraum mit allen seinen Hilfsquellen, der Bevölkerungszahl, der aktuellen militärischen Stärke, der Wirtschaftskraft, spielt in der heutigen Welt der wissenschaftlich-technische Entwicklungsstand, das Erziehungs- und Bildungsniveau der Bevölkerung, die Stabilität und Effizienz der politisch-gesellschaftlichen Struktur, die Energie und Zielstrebigkeit der politischen Führung eine wichtige Rolle." Wilhelm G. Grewe, *Spiel der Kräfte in der Weltpolitik. Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen*, Frankfurt a. Main/Berlin/Wien 1981, S. 28.

45 Henry A. Kissinger, *Die Vernunft der Nation*, S. 420f.

der Konferenz. Für Manfred Görtemaker sind die Festlegungen, die auf der Konferenz für die europäische Nachkriegsordnung getroffen werden, ohne Zweifel wichtig, aber die weltpolitische Bedeutung dieser Gipfelkonferenz sieht er vor allem darin, daß sie den „Beginn des Atomzeitalters“ und „den Anfang der amerikanisch-sowjetischen Bipolarität“ markiert.<sup>46</sup>

In der Deutschlandpolitik der alliierten Mächte fand diese Bipolarität ihre Entsprechung. Die Frage, welche Macht, welches Lager über das deutsche Potential verfügen wird, verdrängte in dem ausbrechenden Kalten Krieg zwischen der Sowjetunion und den Westmächten zunehmend die gemeinsame Furcht vor erneuter deutscher Aggression. Zumal es den demokratisch gewählten Repräsentanten des deutschen Neuanfangs gelang, den integralen Nationalismus zu überwinden, der zu den ideologischen Grundlagen der nationalsozialistischen Diktatur gehörte und die „Nationalstaatsidee mit dem Machtstaatsgedanken“<sup>47</sup> verband. Solange aber der Alliierte Kontrollrat für alle vier Besatzungszonen zuständig blieb, der Rat der alliierten Außenminister über die Lösung der deutschen Frage verhandelte, bestand die Hoffnung, daß Deutschland zumindest als einheitliches Wirtschaftsgebiet erhalten blieb und als Land der Mitte Europas aus der sich abzeichnenden Blockbildung herausgehalten werden konnte. Aber der Bruch unter den alliierten Siegern war unaufhaltsam. In der Reparationsfrage erfolgte er bereits 1946, als die Amerikaner Lieferungen aus ihrer Besatzungszone in die Sowjetunion untersagten. Im gleichen Jahr zog die amerikanische Politik die Konsequenz aus dem Stillstand in den Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Lösung der deutschen Frage. Sie vereinbarte mit den Briten die Bildung einer gemeinsamen Bi-Zone, um die Folgen der Desintegration der deutschen Volkswirtschaft durch ihre zonale Trennung einzugrenzen und um den deutschen Wiederaufbau zu beschleunigen. Mit der Truman-Doktrin und dem Marshall-Plan 1947 fielen die Würfel für eine bipolar geprägte europäische Nachkriegsordnung, die die Teilung Deutschlands einschloß.<sup>48</sup> Die deutschen Politiker und Parteien waren in diesem Prozeß aber nicht nur Objekte alliierter Verfügungen über das Land, sie waren auch eigenständige Faktoren in diesem Teilungsprozeß. Das zeigte sich sehr früh in der Auseinandersetzung zwischen SPD und KPD um die SED-Gründung. Die Parteinahmen der deutschen Politik für eine der beiden Machtsphären in der bipolaren Weltordnung führte zur Entstehung der beiden deutschen Staaten.

---

46 Manfred Görtemaker, Zwischen Krieg und Frieden. Die Potsdamer Konferenz 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/95, 7. 7. 1995, S. 13-24.

47 Heinrich Oberreuther/Jürgen Weber, Die Niederlage, die eine Befreiung war: Zur Einführung, in: Heinrich Oberreuther/Jürgen Weber (Hg.), Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland, München, Landsberg am Lech 1996, S. 9-20, hier S. 16.

48 "Europa wurde nun unübersehbar aus einem Hauptträger der Weltpolitik zum Objekt außereuropäischer Mächte. Auf ihre Entscheidungen mußte es nun in Anpassung oder Widerstand reagieren." Andreas Hillgruber, Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit 1945-1963, München 1987, 5. Aufl., S. 11.

## 5. Die KPD als Faktor der sowjetischen Deutschlandpolitik

Nach der Zerschlagung der Kommunistischen Partei durch die nationalsozialistische Diktatur im Jahr 1933 ging ihre Parteiführung, wie auch die der SPD, in das Exil. Die sowjetische Führung behandelte 1945 die im Moskauer Exil befindlichen Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Anton Ackermann sowie den nach seiner Befreiung aus dem KZ Mauthausen nach Moskau gebrachten Franz Dahlem als Führung der Partei und beauftragte sie mit deren Wiederaufbau im besetzten Deutschland. Der Aufstieg dieser Männer in die Führung der KPD erfolgte im Zuge der Stalinisierung der Partei, nach Hitler kam nun ihre Stunde, sie konnten in Deutschland den Weg zur Macht einschlagen. Er beginnt folgerichtig mit dem Wiederaufbau der Partei und ihres zentralen Parteiapparates, der nun aber nicht mehr allein die Partei „anleitet“, sondern Staat und Gesellschaft nach seinem ideologisch definierten Plan gestaltet.

Die Untersuchung des Zentralen Parteiapparates der KPD/SED nach 1945 steht damit vor einer ganz anderen Herausforderung, als die, die Hermann Weber im Blick auf die Wandlung des deutschen Kommunismus in der Weimarer Republik bewältigen mußte. Der Aufbau des Apparates und sein Weg zur Kommandozentrale der SBZ/DDR ist nicht zu trennen von den alliierten Entscheidungen über das besetzte Deutschland und dem Aufbau der Transformationsdiktatur in der SBZ, die von der sowjetischen Besatzungsmacht gewollt und vom zentralen Parteiapparat von KPD/SED organisiert wurde. Daher ist die Geschichte des zentralen Parteiapparates nach 1945 immer zugleich Geschichte des deutschen Kommunismus und der politischen Herrschaftsordnung der SBZ/DDR.

### Die Planungen aus dem Moskauer Exil

Die Geschichte des zentralen Parteiapparates der SED beginnt mit den Planungen der exilierten KPD-Spitze noch während des Krieges. Die Beratungen fanden parallel zu denen der alliierten European Advisory Commission (EAC) statt, die in London die Modalitäten der alliierten Besetzung von Deutschland klären sollte. Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin und Walter Ulbricht berieten in dem Bewußtsein, daß die KPD nach dem alliierten Sieg eine deutsche Regierungspartei sein würde.<sup>49</sup>

Die bis zur Öffnung der SED-Archive unbekanntes programmatische Rede von Wilhelm Florin, mit der dieser am 6. März 1944 die Beratungen eröffnete und die Deutschland nach Hitler zum Gegenstand hatte, zeigt deutlich den Zusammenhang zwischen den KPD-Planungen und ihren Vorgaben seitens der sowjetischen Deutschlandpolitik, sie bestätigt die

---

49 Vgl. zu diesem Komplex und zur Rolle Wilhelm Florins, der noch 1944 im Exil verstarb: Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hg.), "Nach Hitler kommen wir." Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.

Position von Alexander Fischer, der die KPD als eines der Instrumente der sowjetischen Deutschlandpolitik sah.<sup>50</sup> Zu einem Zeitpunkt, da die zweite Front in Frankreich noch ausstand und deutsche Truppen noch Teile der Sowjetunion besetzt hielten, sprach Florin bereits über die kommende weltpolitische Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und den Westmächten um die Gestaltung der sozialen und politischen Ordnungen in Europa und Deutschland. Für Florin war nach dem bevorstehenden Ende der nationalsozialistischen Diktatur die künftige Gestaltung der inneren Ordnung Deutschlands eine offene Frage und Gegenstand der zukünftigen politischen Auseinandersetzung. In ihren Beratungen hatten Pieck, Ulbricht und die weiteren, an der „Arbeitskommission“ beteiligten Kommunisten bestimmte Vorgaben zu beachten. Zum einen wußte die künftige „Regierungspartei“, daß sie weder über die Staatsgrenzen noch über die staatliche Macht und die soziale Ordnung verfügen konnte. Die bevorstehende Besetzung des Landes nach dem alliierten Sieg war ebenso gewiß, wie auch bereits klar war, daß das Bemühen um die Bewahrung eines gewissen interalliierten Konsenses allen programmatischen Überlegungen zur inneren Umgestaltung Deutschlands der KPD bestimmte Grenzen auferlegen würde. So wurde die Stabilität der „Anti-Hitler-Koalition“ von Florin bemüht, um zu begründen, warum die Partei in ihrer Programmatik für die innere Neuordnung Deutschlands auf dezidiert sozialistische Positionen verzichten müsse. Trotz der taktischen Rücksichtnahme auf die alliierte Kriegspolitik, die es weiterhin uneingeschränkt zu unterstützen galt, bestimmte Florin die künftige Scheidelinie in der deutschen Politik außenpolitisch. Es ging, auch wenn Florin dies bestritt, um die Frage der Ost- oder Westorientierung Deutschlands.<sup>51</sup>

Parallel mit dem Beginn der Kommissionsarbeit legte Paul Försterling, verantwortlich für die Kaderregistratur im Auslandsbüro der KPD in Moskau, einen vorläufigen Überblick über die für einen künftigen Einsatz in Deutschland zur Verfügung stehenden Mitglieder der KPD im sowjetischen Exil vor.<sup>52</sup> Da die designierte Regierungspartei KPD jedoch zunächst noch nicht über die Staatsmacht im besetzten Deutschland verfügen würde, konzentrierte sich die Arbeitskommission auf Pläne zum künftigen Parteiensystem und die Rolle der KPD als führende Kraft bei der „Demokratisierung“ Deutschlands. Dabei wurde das Ziel, nämlich „ein sozialistischer Staat, ein Sowjetstaat“,<sup>53</sup> wie es in einer Ausarbeitung von Florin hieß, nicht aufgegeben. Florin legte aber in seinem Papier zugleich dar, welche internationalen und nationalen Voraussetzungen für die „ungeteilte Macht“ der Partei – das wichtigste

---

50 Vgl. Alexander Fischer, *Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941-1945*, Stuttgart 1975.

51 "Wir stellen nicht die Frage so: Ost- oder Westorientierung? Wir sagen: Frieden und Freundschaft mit allen Nachbarn und besonders enge Freundschaft mit der Sowjetunion. Wir müssen uns heute schon darauf einstellen, daß das Problem enge Freundschaft mit der Sowjetunion morgen noch viel mehr ein Problem der Lebensexistenz des deutschen Volkes und Deutschlands ist und daß das noch viel schärfer als Scheidelinie zwischen Reaktion und Fortschritt hervortritt als heute. Das Problem ist heute schon nicht mehr nur eine Klassenfrage, sondern eine nationale Frage." In: Erler/Laude/Wilke, "Nach Hitler ...", S. 144.

52 Vgl. Peter Erler, *Heeresschau und Einsatzplanung. Ein Dokument zur Kaderpolitik der KPD aus dem Jahre 1944*, in: Klaus Schroeder (Hg.), *Geschichte und Transformation des SED-Staates*, Berlin 1994.

53 Erler/Laude/Wilke, "Nach Hitler ...", S. 125.

Kriterium für den „Sowjetstaat“ – in Deutschland fehlen. Somit war die Partei auf eine Etappenstrategie auf dem Weg zur Macht verwiesen.

1944 stellte der Antifaschismus eine politische und militärische Notwendigkeit im Kampf der Alliierten gegen die Achsenmächte dar. Der Antifaschismus war somit die sich von selbst anbietende Überschrift für die Kennzeichnung der ersten Etappe kommunistischer Machteroberung. Wann der Kampf um den Sozialismus von der KPD in die zweite Etappe überführt werden könnte, wußte 1944 noch niemand, und in diesem Sinn formulierte Florin: „Alle unsere zentralen Programmlösungen können und dürfen deshalb nur ausgerichtet sein auf den Sturz des Faschismus, die Niederringung der aggressiven imperialistischen Kräfte und die Erämpfung der bürgerlichen Demokratie als die Herrschaft des Volkes. Die politische Linie ist auch vom innerdeutschen Standpunkt deshalb richtig, weil unser Ziel nach wie vor sein muß, die deutsche Bourgeoisie zu spalten.“<sup>54</sup> Ausgehend von der weltpolitischen Konstellation nach Hitler sah Florin zwei politische Lager in Deutschland entstehen, die um die Gestaltung der deutschen Zukunft ringen werden: Auf der einen Seite die KPD, die sich auf die Macht der Sowjetunion stützen und das nationale Lager führen soll, zu ihm sollen auch Teile des Bürgertums gehören, und auf der anderen Seite die „reaktionären Kräfte“, die mit den Westmächten paktieren werden. Zum gegnerischen Lager zählten die Moskauer KPD-Planer nicht nur die deutsche Großindustrie und die Großgrundbesitzer, sondern auch Teile der sozialdemokratischen Führung.

Der kommende deutsche Staat konnte unter den Bedingungen alliierter Besetzung und dem Bündnis der Sowjetunion mit den Westalliierten nur eine parlamentarische Republik werden. Wie konnte aber die KPD gegenüber den konkurrierenden Parteien ihren Führungsanspruch realisieren? Das war eine zentrale Frage der Moskauer Planungen zur „Blockpolitik“ gegenüber den anderen antifaschistischen Parteien.<sup>55</sup> Aber zunächst nicht Deutschland, sondern Polen wurde im Sommer 1944 das Land, in dem eine kommunistische Machteroberung unter dem Deckmantel einer solchen Blockpolitik durchgeführt wurde. Am 22. Juni 1944 wurde das Lubliner Komitee gebildet, das als „polnisches Komitee der nationalen Befreiung“ gegen den Protest der polnischen Exilregierung in London von der Sowjetunion als rechtmäßige Regierung anerkannt wurde.<sup>56</sup>

Die Schlüsselfrage für eine erfolgreiche kommunistische Politik war und blieb aus Sicht der Moskauer Kader der rasche Wiederaufbau der KPD. In einem „Gelöbnis“ der deutschen Kommunisten, das Pieck 1944 ablegte, bekräftigte er, „durch die Schaffung einer mächtigen, vom Geiste des Marxismus, Leninismus, Stalinismus erfüllten einheitlichen Kampfpartei der deutschen Arbeiterklasse die Voraussetzung zum Sieg unserer großen Sache zu schaffen“.<sup>57</sup> Mit dieser Bekräftigung des bolschewistischen Charakters, den die künftige KPD in Deutschland erneut haben würde, bestätigte Pieck als internationalistischer Kader seine Treue zur Sowjetunion und bekundete, daß er und seine Genossen die politischen

---

54 Ebenda, S. 143.

55 Vgl. den Beitrag von Friederike Sattler in diesem Band.

56 Vgl. Jens Hacker, *Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939-1980*, Baden-Baden 1983, S. 93ff.

57 Erler/Laude/Wilke, „Nach Hitler ...“, S. 99.

Lösungen für den demokratischen Neuanfang in Deutschland im Geist des sowjetischen Referenzmodells suchen würden. Charakteristisch für die Herrschaftsordnung der Sowjetunion war die „führende Rolle“ der kommunistischen Partei, oder mit den Worten von Stalin: „Die Partei ist die grundlegende führende Kraft im System der Diktatur des Proletariats.“<sup>58</sup> Eine der innerparteilichen Konsequenzen der Gültigkeit des sowjetischen Referenzmodells betraf die eigenen Mitglieder, die in Deutschland in den Gefängnissen und Lagern saßen oder die sich in der westlichen Emigration befanden. Ihnen gegenüber traten die Moskauer Kader als rechtmäßige Parteiführung auf. Sie gaben neben der Programmatik auch die Regularien des organisatorischen Wiederaufbaus der Partei vor. Nach den von Ulbricht im Februar 1945 entworfenen Anweisungen sollte für jeden Parteibeck eine zeitweilige Kommission zur Leitung des Aufbaus der Parteiorganisation eingesetzt werden, die die Parteileitungen in jedem Ort zu „bestätigen“ hatte. Diese Kommissionen sollten also die Personalhoheit bei der Zusammensetzung der örtlichen Vorstände besitzen. Es war geplant, nicht nur in den Betrieben und Wohngebieten Parteiorganisationen zu bilden, sondern ebenfalls in den neu zu schaffenden staatlichen Verwaltungen, die auch einen großen Teil der Wirtschaft kontrollieren und lenken sollten. In diesem Aufbauplan war zugleich eine erste „Parteiüberprüfung“ vorgesehen, die KPD-Mitglieder aus der Zeit vor 1933 betraf, die ihre Mitgliedschaft anerkannt haben wollten.

Es waren die Moskauer Kader, die den Wiederaufbau der KPD organisierten und die bereits vor dem Ende des Krieges wußten, ihre Partei würde in den verschiedenen Besatzungszonen unterschiedliche Handlungsbedingungen vorfinden. Nach der Analyse von Pieck am 1. März 1945 wird „die Organisation unserer Arbeit in der Besatzungszone der Roten Armee, sowohl was den Einsatz unserer Kader angeht, als auch die Zusammenarbeit und die Übereinstimmung in Ziel und Durchführung unserer Aufgaben“,<sup>59</sup> wesentlich einfacher sein als in den westlichen Besatzungszonen, wo Pieck mit dem Widerstand der Besatzungsmächte rechnete, die „dort reformistischen Führern der Soziald.[emokratie] u. Gewerkschaften Gelegenheit [geben würden], sich wieder Einfluß in der Arbeiterschaft zu verschaffen – gegenüber den Kommunisten“.<sup>60</sup> Pieck war sich also bewußt, daß die Partei unter den Bedingungen alliierter Besetzung in zwei Rollen würde agieren müssen: In der SBZ würden ihre Kader Funktionäre der Regierungspartei sein, während sie in den Westzonen um die Beteiligung an der politischen Macht ringen müßten oder sogar von der jeweiligen Besatzungsmacht systematisch von dieser ferngehalten würden. Allerdings hatte Pieck schon in Moskau keinen Zweifel daran gelassen, daß die Parteiführung der KPD eine einheitliche Reichspartei unter ihrer politischen und organisatorischen Leitung aufbauen würde, um trotz Zonenteilung die grundsätzliche „Ostorientierung“ Deutschlands durchzusetzen. Pieck sagte wörtlich:

---

58 Iosif V. Stalin, Zu den Fragen des Leninismus, in: ders., Fragen des Leninismus, Berlin (Ost) 1951, S. 134-192, hier S. 150.

59 Erler/Laude/Wilke, "Nach Hitler ...", S. 371.

60 Ebenda.

„Wir müssen natürlich auch mit Schwierigkeiten im Reiseverkehr zwischen den Besatzungszonen rechnen, so daß die Organisation unserer Arbeit von einer zentralen Stelle aus zuerst ziemlich schwierig sein wird. Wahrscheinlich werden wir für jede Besatzungszone eine besondere Leitung unserer Arbeit schaffen u. zwischen ihnen eine regelmäßige Verbindung sichern.“<sup>61</sup>

Ein Jahr später, am Vorabend der SED-Gründung, präzierte Franz Dahlem auf dem 15. Parteitag der KPD diesen Unterschied zwischen der „Tätigkeit als eine staatsaufbauende Partei“ und der Rolle der KPD in den Westzonen, „wo der Klassenkampf mit den alten Kräften des Faschismus und der Reaktion und andere Hindernisse einer solchen Entfaltungsmöglichkeit unserer Partei hindernd im Wege stehen“. Dahlem schloß diesen Vergleich mit der Feststellung ab, „daß in der Ostzone unsere Parteiorganisation einen viel fortschrittlicheren Typus aufweist als in den Westzonen“.<sup>62</sup>

Das Ziel der einheitlichen kommunistischen Parteiarbeit in ganz Deutschland blieb auch nach dem Bruch der alliierten Kriegsallianz bestehen.<sup>63</sup> die Einheitsrhetorik der SED nach ihrer Gründung in der SBZ allein ist nicht als bloße Rhetorik zu betrachten.<sup>64</sup> Durch den Marshall-Plan entsteht aber für die sowjetischen und deutschen Kommunisten in Europa insgesamt eine neue Lage, nach dem Bruch der alliierten Kriegsallianz war auch die sowjetische Deutschland-Politik primär auf „politisches ‘Bündnis’ mit den Deutschen gegen die Westmächte verwiesen“.<sup>65</sup>

Die Moskauer Planungen der KPD zeigen, daß Ulbricht und Pieck politisch auf die Auseinandersetzung der Westmächte mit der Sowjetunion um die innere Ordnung Deutschlands nach Hitler vorbereitet und sie gleichzeitig gewillt waren, als Sachwalter der sowjetischen Deutschlandpolitik zu agieren. Auf dem Weg zur Macht in der SBZ zeigt sich, wie behutsam die „Wandlung des deutschen Kommunismus“ in der Weimarer Republik war: Mit der Stalinisierung namentlich der Apparatschiki im Parteiapparat der KPD entstand ein Funktionärskorps, dessen Mitglieder ihr persönliches Schicksal und die Politik der Partei mit der jeweils herrschenden sowjetischen „Generallinie“ verbanden.

und Ulbricht waren 1945 im doppelten Sinn Überlebende. Sie waren den Nationalsozialisten entkommen und hatten die stalinistische Kommunistenverfolgung im sowjetischen Exil

---

61 Erler/Laude/Wilke, "Nach Hitler ...", S. 371.

62 Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, 19. und 20. April 1946 in Berlin, Berlin 1946, S. 65ff.

63 Walter Ulbricht auf dem 2. Parteitag der SED 1947: "Die Lösung des deutschen Problems könnte schon viel weiter sein, wenn alle Alliierten den demokratischen Kräften in Deutschland die Möglichkeit gelassen hätten, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen und in ganz Deutschland eine fortschrittliche, demokratische Ordnung aufzubauen." Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der SED, 20.-24. September 1947, Berlin 1947, S. 301.

64 Vgl. dazu den Beitrag von Michael Kubina zum Westapparat der KPD/SED.

65 Gerhard Wettig, Von der Entmilitarisierung zur Aufrüstung in beiden Teilen Deutschlands 1945-1952, in: Bruno Thos unter Mitarbeit von Wolfgang Schmidt (Hg.), Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995, München 1995, S. 3-36.

überlebt. Im Auftrag der sowjetischen Führung begannen sie als Mitglieder des „provisorischen ZK“ der KPD im Juni 1945 mit dem Wiederaufbau der KPD.

## 6. Ost- oder Westorientierung – der Weg der Deutschen in die bipolare Weltordnung

### a. Niederlage und Besatzungserfahrung

Die Erfahrungen der Deutschen mit den alliierten Siegern bei der Besetzung ihres Landes waren sehr unterschiedlich. Eine wesentliche Ursache hierfür war der unterschiedliche Charakter der deutschen Kriegsführung im Westen und im Osten. „Während der Kampf gegen Briten und Amerikaner im großen und ganzen auf der Stufe ‘europäischer Normalkriege’ gehalten worden war, hatte im Osten ein von Hitler entfesselter rassenideologischer Vernichtungskrieg ohne jede Bindung an völkerrechtliche Normen gewütet, zu dem auch die systematische Vernichtung der europäischen Juden gehörte. Die Zahl der Opfer, vor allem unter der Zivilbevölkerung, war daher im Osten Europas unvergleichbar höher als im Westen, vom verschiedenen Grad der Zerstörungen in den eroberten Gebieten ganz abgesehen. Im Fall einer deutschen Niederlage mußte der Wille Hitlers zur Ausrottung großer Teile der slawischen Völker und seine partiell verwirklichte Absicht, Polen und das europäische Rußland zu Ausbeutungs-Kolonien herabzudrücken, im Rückschlag zu ganz anderen Konsequenzen für die Deutschen selbst führen, als das Scheitern seiner machtpolitischen Zielsetzung im Westen, nämlich Briten und Amerikaner zur Akzeptierung des deutschen Ost-Imperiums zu zwingen.“<sup>66</sup> Es war für die deutschen Parteien und die Gesellschaft insgesamt unabweisbar, im Neuanfang nach der Katastrophe sich mit den Kriegsverbrechen der nationalsozialistischen Diktatur auseinanderzusetzen.<sup>67</sup> Vordergründig war es deshalb nur konsequent, daß im Gründungsaufwurf der KPD das Thema von „Schuld und Sühne“ viel Raum einnahm. Aber der Aufruf sollte ja den kommunistischen Führungsanspruch in der deutschen Politik begründen, und somit war das Thema von „Schuld und Sühne“ für die KPD ein Instrument auf dem Weg zu ihrer diktatorischen Macht. Ausgerechnet dieses Thema diente der moralischen Einschwörung der Deutschen auf den Führungsanspruch der KPD und den Gehorsam gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht.<sup>68</sup> Die instrumentelle Verwendung des Themas „Schuld und Sühne“ hat überzeugend Harrold Hurwitz in seiner Analyse des Aufrufs dargelegt, seine Funktion bestand darin, „die Herrschaft über jeden – die eigenen Kader, die ‘Bürgerlichen’, die ‘Sozialdemokraten’, das deutsche Volk – belie-

66 Andreas Hillgruber, *Deutsche Geschichte 1945-1986. Die "deutsche Frage" in der Weltpolitik*, Stuttgart 1983, zit. nach der 7. Auflage 1989, S. 12.

67 Vgl. den Beitrag von Manfred Wilke zu Kurt Schumacher.

68 In dem Aufruf der KPD ist das größte Kriegsverbrechen Hitlers "der heimtückische, wortbrüchige Überfall auf die Sowjetunion, die nie einen Krieg mit Deutschland gewollt hat, aber seit 1917 dem deutschen Volke zahlreiche Beweise ehrlicher Freundschaft erbracht hat." Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, zit. nach: Erler/Laude/Wilke, "Nach Hitler ...", S. 391.

big zu legitimieren und damit den Führungsanspruch einer sowjethörigen kommunistischen Partei Deutschlands moralisch zu rechtfertigen.<sup>69</sup> Bei dieser Hervorhebung deutscher Schuld ging es aber auch um die Legitimation der sowjetischen Besatzungspolitik, die zu diesem Zeitpunkt mit dem Problem der Vergewaltigungen der Frauen durch sowjetische Soldaten und der Durchführung der umfassenden Reparationen deutscher Produktionsanlagen belastet war.<sup>70</sup> Die mit der Kollektivschuld der Deutschen an den nationalsozialistischen Verbrechen begründete Umerziehung des Volkes wie auch die Überprüfung der KPD-Mitglieder von vor 1933 verlangte Unterwerfung unter eine neue politische Linie, bevor es individuelle Hoffnung auf eine bessere Zukunft geben konnte. „So wurde von vornherein und immer wieder der ganzen Bevölkerung vor Augen geführt“, wie Hurwitz schreibt, „wie das Herrschaftsprinzip von ‘Zuckerbrot und Peitsche’ der SMAD und KPD funktionierte. Als Herrschaftsinstrument lag das Prinzip von Schuld und Sühne aber nicht allein in den Möglichkeiten von SMAD und KPD begründet, physisch zu bestrafen und materiell zu belohnen, es handelte sich angesichts der Offenbarung nationalsozialistischer Barbarei vor den Augen eines durch die Niederlage total verunsicherten Volkes auch um ein Einschwörungsinstrument von moralischer Schärfe.“<sup>71</sup> Personifiziert wurde der sowjetische Unterwerfungswille 1945 durch den „Stellvertreter für Zivilangelegenheiten“ des Obersten Chefs der SMAD, Ivan A. Serov. Seine Doppelfunktion als Chef der sowjetischen Sicherheitsapparate in Deutschland und als Verantwortlicher für den Aufbau der deutschen Kommunal- und Landesverwaltungen in der SBZ entsprach dem Geist dieses Aufrufs.<sup>72</sup>

Die Deutschen erlebten in diesem Schicksalsjahr 1945, als sie mit der Befreiung von Auschwitz und der nationalsozialistischen Diktatur ihre Souveränität verloren, neben der sowjetischen Besatzung auch die der Westalliierten. Klaus-Dietmar Henke sieht zu Recht in den letzten Monaten der nationalsozialistischen Diktatur und den ersten Monaten der Besatzungsherrschaft eine „Schlüsselphase“ für die kollektiven Erfahrungen der Deutschen mit den Besatzungsmächten.<sup>73</sup> Noch während der letzten Kämpfe begannen die Deutschen, die „freundlicheren Feinde“ zu wählen. Im Zusammenbruch der Deutschen Wehrmacht versuchten die Generale der geschlagenen Divisionen, auch wenn sie an der Ostfront gekämpft hatten, die amerikanische oder britische Demarkationslinie zu erreichen, um dort zu kapitulieren. Im Troß der deutschen Truppen versuchten viele Flüchtlinge, aus den Ostprovinzen des Reiches die rettenden amerikanischen Linien zu erreichen.<sup>74</sup> Es war gewissermaßen der

---

69 Harrold Hurwitz, *Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945*, in 2 Bänden, Band 1: Die Anfänge des Widerstands, Führungsanspruch und Isolation der Sozialdemokraten, Köln 1990, S. 129.

70 Vgl. die entsprechenden Kapitel in: Norman M. Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1997, S. 91-181.

71 Harrold Hurwitz, *Demokratie und Antikommunismus*, S. 131.

72 Vgl. zu Serov den Beitrag von Vladimir V. Sacharov, Dmitrij N. Filippovych und Michael Kubina in diesem Band.

73 Vgl. Klaus-Dietmar Henke, *Der freundliche Feind: Amerikaner und Deutsche 1944/45*, in: Oberreuther/Weber, *Freundliche Feinde?*, S. 41-50, hier S. 44.

74 Klaus-Dietmar Henke, *Der freundliche Feind*, S. 48.

erste Konflikt über die Behandlung der besiegten Deutschen, der hier seitens der Westalliierten riskiert wurde.<sup>75</sup>

Der Aufruf der KPD erfolgte nach diesen sehr unterschiedlichen Erfahrungen der Deutschen mit der alliierten Besetzung ihres Landes. Im Geist des sowjetischen Scheinkonstitutionalismus wurde ein Bekenntnis zur parlamentarischen Republik abgelegt und mit der Forderung nach Bildung eines „Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ verbunden. Es war der Versuch der sowjetischen Führung, durch ihre internationalistischen Kader in Deutschland hegemonialen Einfluß auf das zukünftige deutsche Parteiensystem zu gewinnen. Der vorgeschlagene Block sollte für die Nichtkommunisten die Verfassungswirklichkeit des sowjetischen Scheinkonstitutionalismus verdecken, wie er in der Stalinschen Verfassung von 1936 formuliert wurde. Sie basierte auf der führenden Rolle der kommunistischen Partei, war durch Gewaltenzentralismus gekennzeichnet und verstand den Staat als Klassenstaat und – mit den Worten Stalins – als „eine Maschine in den Händen der herrschenden Klasse zur Unterdrückung des Widerstandes ihrer Klassegegner. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Diktatur des Proletariats ihrem Wesen nach durch nichts von der Diktatur jeder anderen Klasse, denn der proletarische Staat ist eine Maschine zur Niederhaltung der Bourgeoisie.“<sup>76</sup>

## b. Die KPD als Instrument der sowjetischen Deutschlandpolitik

Kehren wir noch einmal zu den Moskauer Planungen der Arbeitskommission der exilierten KPD-Kader zurück. Sie diskutierten auch die Bedeutung der nationalen Frage für ihre künftige Politik im Deutschland nach Hitler. Konkret ging es um den möglichen Interessengegensatz zwischen deutscher und sowjetischer Politik. Wie aus den bruchstückhaften Überlieferungen erkennbar ist, wurden die bereits vorliegenden persönlichen Erfahrungen auf diesem Feld nicht diskutiert, aber es setzte sich unter den Kadern die Auffassung durch, die KPD müsse auch im Sinn einer Interessenwahrnehmung für die Sowjetunion gegenüber der deutschen Bevölkerung eine eindeutige Haltung zur nationalen Frage beziehen. In einer Rede vor Hörern der Parteschule beschrieb Ackermann 1944 die Haltung der KPD-Spitze mit folgenden Worten: „Es gibt für uns nichts Heiligeres als die Interessen der Sowjetunion. Sie ist und bleibt unser wahres Vaterland. Aber niemals können wir unsere Rolle, unsere Pflichten gegenüber der Sowjetunion erfüllen, wenn wir nicht verstehen, das Ohr unseres Volkes zu finden, und das Ohr unseres Volkes werden wir nur dann finden, wenn wir aus-

---

75 "Amerikaner und Briten entzogen sich der Wucht dieses Dramas nicht, obwohl sie bereits viel mehr Kriegsgefangene und Flüchtlinge in ihrer Obhut hatten, als sie verkraften konnten. Es bestand keinerlei Verpflichtung für sie, sich den Verzweifelten zuzuwenden. Im Gegenteil, sie riskierten in einer ohnehin schon angespannten Stimmung eine schweren Affront Stalins. Absprachewidrig nahmen sie Teilkapitulationen von Verbänden entgegen, die an der Ostfront gekämpft hatten. In einem freien Akt von Humanität und Großmut, der die deutsche Generalität übrigens sehr überraschte, ließen die Sieger bis zur Kapitulation am 8. Mai allein an diesem Mittelabschnitt Hunderttausende Soldaten und Flüchtlinge hinter die eigenen Linien schlüpfen – 'the friendly side of the river' – so figurierte das amerikanische Elbufer in den Akten." Klaus-Dietmar Henke, *Der freundliche Feind*, S. 48.

76 I. Stalin, *Über die Grundlagen des Leninismus*, in: ders., *Fragen des Leninismus*, S. 9-100, hier S. 43.

gehen und uns leiten lassen von den wirklich nationalen Interessen unseres Volkes.“<sup>77</sup> In der Diskussion in der Arbeitskommission über die nationale Frage und die einzunehmende Haltung zu den sowjetischen Interessen vertraten besonders Gustav Sobottka und Rudolf Herrstadt<sup>78</sup> eigenständige „internationalistische“ Positionen. Beide stellten ohne Rücksicht auf das Nationalbewußtsein der Deutschen und taktisch-politische Erwägungen die sowjetischen Interessen prinzipiell über alle anderen Erwägungen. Herrstadt vertrat weiterhin die Ansicht, daß man einen richtigen Zugang zur nationalen Frage nur erlangen könne, „wenn man sich auch im Geist als Sowjetbürger fühle“.<sup>79</sup>

Mit der Installierung der Parteizentrale der KPD durch die sowjetische Führung fiel seitens der Sowjetunion eine Grundsatzentscheidung. Sie bestimmte ihre internationalistischen Kader aus der KPD als Sachwalter ihrer Interessen in Deutschland und stützte sich auf sie in der Umgestaltung und der politischen Kontrolle ihrer Besatzungszone. Es ist nicht auszuschließen, daß die sowjetische Führung diese Entscheidung im Bewußtsein traf, mit Ulbricht, Pieck, Ackermann und all den anderen Moskauer Kadern freie Hand zu haben in den alliierten Verhandlungen über Deutschland. Die Kaderabteilung der KPdSU wußte, diese Kader würden widerspruchslos alle Entscheidungen der sowjetischen Führung umsetzen und im Fall einer Einigung mit den westlichen Alliierten über Deutschland ihre zonalen Machtpositionen auch wieder räumen. In der Praxis verteidigte die sowjetische Besatzungsmacht jedoch bei den innerdeutschen Auseinandersetzungen zwischen KPD, CDU und SPD in der SBZ 1945/46 entschieden den Führungsanspruch ihrer Moskauer Kader gegenüber den Positionen anderer politischer Kräfte. Die Absetzung der ersten CDU-Führung in der SBZ Ende 1945 und die SED-Gründung sind für diese These überzeugende Belege. Beide Vorgänge zeigen allerdings auch, die KPD war damals noch nicht einmal in der SBZ aus eigener Kraft imstande, die politische Hegemonie auszuüben, die sie beanspruchte.<sup>80</sup>

Bezogen auf Gesamtdeutschland befand sich die KPD bereits Ende 1945 in der strategischen Defensive.<sup>81</sup> Die Sowjetunion ermöglichte mit ihrer Politik der KPD-Führung in den Konflikten mit CDU und SPD Ende 1945 zwar in der SBZ ihren Weg zur Macht fortzusetzen. Der Preis, den die KPD und die Sowjetunion für diese Vorgehensweise bezahlten, war aber hoch. Sie beförderten in den Westzonen die bestehende antikommunistische und anti-sowjetische Grundhaltung. Pieck und Ulbricht entschieden sich mit der SED-Gründung ihrerseits bereits sehr früh in der deutschen Teilungsgeschichte für die Sicherung ihrer Macht in der SBZ und setzten dabei mehr oder weniger bewußt auf die sich entwickelnde Bipolarität der beiden weltpolitischen Lager, die sich gerade in der Vier-Sektoren-Stadt Berlin bereits abzuzeichnen begann.

---

77 Anton Ackermann, zit. nach: Peter Erler/Manfred Wilke, "Nach Hitler kommen wir". Das Konzept der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, in: Claus-Dieter Krohn/Erwin Rothermund/Lutz Winckler/Wulf Koepke, Exil und Widerstand, München 1997, S. 102-119.

78 Rudolf Herrstadt arbeitete seit 1929 für den sowjetischen Nachrichtendienst. Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Der Fall Rudolf Herrstadt, Berlin 1991, S. 30.

79 S. Erler/Laude/Wilke, "Nach Hitler ...", S. 176.

80 Vgl. den Beitrag von Friederike Sattler in diesem Band.

81 Vgl. die Beiträge von Manfred Wilke zu Schumacher und den von Michael Kubina zum Westapparat der KPD/SED in diesem Band.

Ein Feld alliierter Neuordnung, das für die Demokratisierung der deutschen Gesellschaft zentrale Bedeutung besaß, betraf die Massenmedien und die Kultur. Die Gegensätze in den Demokratisierungskonzepten der Siegermächte zeigten sich in Berlin sehr schnell bei der Lizenzierung deutscher Zeitungen. Ohne Neugestaltung der deutschen Presselandschaft waren die alliierten Umerziehungskonzeptionen schwerlich umsetzbar. Die Herausgeber und Chefredakteure der neuen Zeitungen erfüllten somit eine Schlüsselfunktion im demokratischen Neuanfang. Kultur- und Medienpolitik des zentralen Parteiapparates ist nicht Gegenstand unserer Untersuchung, der politische Gestaltungswille des zentralen Parteiapparates der KPD erstreckte sich aber selbstverständlich auch auf die Medien und die Kultur.<sup>82</sup> Die Neustrukturierung der Presse in der Vier-Sektoren-Stadt Berlin 1945/46 ist ein gutes Beispiel für den sich abzeichnenden Konflikt unter den Siegermächten und ihre unterschiedlichen Demokratisierungskonzepte für Deutschland. Schon am 21. Mai 1945 erschien mit vier Seiten Umfang die erste Nummer der „Berliner Zeitung“. Die Redaktion wurde von Oberst Aleksander V. Kirsanov geleitet, aber die journalistische Vorarbeit leisteten Rudolf Herrnstadt und der zur „Gruppe Ulbricht“ gehörende Fritz Erpenbeck.

„Trotz der kurzen Vorbereitungszeit war es Herrnstadt und seinen Mitarbeitern gelungen, eine Zeitung herauszubringen, hinter deren äußerem Erscheinungsbild kaum jemand ein Organ einer sowjetischen Militärdienststelle vermutete. Vielmehr vermittelte das Blatt seinen Lesern den Eindruck eines von Deutschen redigierten Lokalblatts.“<sup>83</sup>

Bereits am 17. Juni 1945 kündigte Otto Winzer, Mitglied der „Gruppe Ulbricht“, als Berliner Stadtrat für Volksbildung an, daß seine Abteilung künftig die Berliner Zeitung als Publikation des Magistrats herausgeben würde. Chefredakteur des Blattes wurde Herrnstadt.<sup>84</sup> Wenig später wurde Gerhard Kegel, „der als Legationssekretär des Auswärtigen Amtes im Zweiten Weltkrieg für den sowjetischen Geheimdienst gearbeitet hatte“, <sup>85</sup> stellvertretender Chefredakteur des Blattes. Faktisch besaß die KPD damit ein Boulevardblatt, das 1946 eine Auflage von 400.000 Exemplaren erreichte, geführt von zwei Kadern, die beide für den sowjetischen Geheimdienst in den vergangenen Jahren tätig waren. Die Besetzung der Chefredaktion der Berliner Zeitung durch die sowjetische Militäradministration hat aber noch eine andere Bedeutung, die bislang wenig erforscht ist, die Doppelkontrolle der sowjetischen Führung über die KPD/SED durch den Einsatz von Führungskadern, die in besonderer Weise der Sowjetunion verbunden waren. Diese Voraussetzung erfüllten die beiden eingesetzten internationalistischen Geheimdienstkader Herrnstadt und Kegel.

Im Kampf um die Köpfe in Berlin lizenzierten die Westalliierten in ihren Sektoren Personen, die aus dem nichtkommunistischen Lager kamen und die in Berlin 1945/46 das angestrebte kommunistische Meinungsmonopol durchkreuzten. So erhielt Anfang 1946, mitten in der Fusionsauseinandersetzung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in Berlin,

82 Vgl. Johannes R. Becher, "Zur Frage der politisch-moralischen Vernichtung des Faschismus", in: Erler/Laude/Wilke, "Nach Hitler ...", S. 335ff.

83 Peter Strunk, Zensur und Zensoren. Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland, Berlin 1996, S. 86.

84 Peter Strunk, S. 87.

85 Ebenda, S. 86.

Arno Scholz, ein erklärter Gegner der Sozialistischen Einheitspartei, aus den Händen des britischen Generals Alec Bishop die Lizenzurkunde für die Tageszeitung „Telegraf“. Mitlizenzträger waren der frühere Reichstagspräsident Paul Löbe und die Witwe des von den Nazis umgebrachten sozialdemokratischen Widerstandskämpfers, Annedore Leber. Es gelang Scholz, relativ schnell den „Telegraf“ zu einer populären Boulevardzeitung zu gestalten, die zum Jahresende 1946 eine Auflage von 550.000 Exemplaren erreichte.<sup>86</sup>

Die sowjetische Besatzungsmacht installierte die „Berliner Zeitung“ unmittelbar nach Ende der Kampfhandlungen als „kollektiven Organisator“ der Massen unter Kontrolle der Partei. Die Briten dagegen lizenzierten den „Telegraf“ als sozialdemokratische Boulevardzeitung bewußt als Gegengewicht zur SED-Presse. Diese Entscheidungen der beiden Besatzungsmächte fielen, als der Rat der Außenminister noch über eine einvernehmliche Regelung für Deutschland verhandelte und der Zusammenschluß der amerikanischen und der britischen Besatzungszone noch nicht erfolgt war. Mit dieser Entscheidung begann die amerikanische „Containment-Politik“ im Sommer 1946.<sup>87</sup> Das Beispiel der alliierten Pressepolitik in Berlin zeigt: Es waren vier Besatzungsmächte, die Deutschland kontrollierten. Die sowjetische Einflußnahme auf die Deutschen war begrenzt durch die Interessenlage der Westalliierten. Als die amerikanische Politik dazu überging, den deutschen Weststaat vorzubereiten, forcierte sie ihr Demokratisierungskonzept,<sup>88</sup> für dessen Gelingen die öffentliche Meinung von ausschlaggebender Bedeutung war, ging es doch um die Erziehung eines ganzen Volkes „zu einem neuen gesellschaftlichen Selbstverständnis“.<sup>89</sup>

Die Kommunisten begannen ihre Zukunftsplanung für Deutschland nach Hitler im Bewußtsein der weltpolitischen Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und den Westmächten in und um Deutschland. Damit waren sie im Prinzip vorbereitet auf die bipolar sich vollziehende Teilung Deutschlands, die in den beiden deutschen Staaten mündete. Dem Befund von Hermann Graml ist nicht zu widersprechen: „Die politisch entmündigten und nach fast einem halben Jahrhundert der Kriege und Krisen sowohl physisch wie mental und politisch erschöpften Deutschen sind den Weg, der zur Gründung von Bundesrepublik und

---

86 Vgl. Klaus Körner, 'Berlin bleibt frei' – Arno Scholz: 'Der Telegraf' und der Arani-Verlag, in: Aus dem Antiquariat, Heft 6, 1995, S. 201-213.

87 Vgl. Hermann Graml, Die deutsche Frage, in: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in fünf Bänden, hrsg. von Karl-Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Joachim C. Fest, Eberhard Jäckel, hier: Theodor Eschenburg, Jahre der Besetzung 1945-1949, Stuttgart/Wiesbaden 1983, S. 365ff.

88 "In der Vorstellung der Vertreter der amerikanischen Besatzungsmacht war die Demokratisierung keineswegs nur darauf ausgerichtet, einen modernen pluralistischen Verfassungsstaat westlicher Prägung mit Repräsentativsystem, Gewaltenteilung, Menschenrechten und freien und unabhängigen Wahlen zu etablieren. Es ging auch nicht um die Rückkehr zu den Strukturen der Weimarer Republik, sondern das Ziel der Reformvorstellungen war umfassender. Neben der Beseitigung des Nationalsozialismus im ökonomischen, politischen und kulturellen Leben und Bewußtsein der deutschen Bevölkerung stand gleichberechtigt die Auseinandersetzung mit tradierten Normen, die Eliminierung des Nationalismus und Militarismus, die Beseitigung von autoritärem Denken und die Auflösung von weiteren, vermeintlich typisch deutschen Verhaltensmustern durch eine allgemeine Reform der Gesellschaft, analog der eigenen demokratischen Erfahrungen und Traditionen." Hermann-Josef Rupieper, Die amerikanische Demokratisierungspolitik in Westdeutschland 1945-1952, in: Oberreuther/Weber, Freundliche Feinde?, S. 197-216, hier S. 197.

89 Ebenda.

DDR führte, mitgegangen – im Westen, wo die 1945 sichtbar gewordene geistige und politische Annäherung zwischen Siegern und Besiegten fortwirkte, mehrheitlich in widerstrebender Freiwilligkeit, im Osten mehrheitlich in ohnmächtiger Ablehnung.“<sup>90</sup>

## 7. Walter Ulbricht – Revolutionär aus eigenem Recht?

In der Führung der KPD/SED nimmt Walter Ulbricht von Anbeginn eine Schlüsselposition ein. Nach der in Moskau abgestimmten und nach Piecks und Dahlems Ankunft in Berlin konkretisierten Arbeitsverteilung im Sekretariat der KPD war Ulbricht verantwortlich für die Fragen des kommunalen und staatlichen Aufbaus, für die Gewerkschaften, die Bauernagitation, den Sport, und er führt die Allgemeine Abteilung, die für die Verbindungen zur Sowjetischen Militäradministration zuständig war.<sup>91</sup> Im Dezember 1946 bescheinigt ihm eine Einschätzung der Abteilung Außenpolitik des ZK der KpdsU, daß er faktisch die organisatorische Arbeit des Zentralsekretariats der SED leitet. Wörtlich heißt es: „Fähiger Organisator, kann sich in komplizierten politischen Fragen orientieren u. diese einer Lösung zuführen.“<sup>92</sup> Das Arbeitspensum von Ulbricht war immens und seine Bedeutung für die Etablierung der kommunistischen Herrschaft in der SBZ unübersehbar. Er verstand es, sowjetische Direktiven auf die jeweilige Lage anzuwenden, die Politik der Partei auszurichten und für die anstehenden Probleme Lösungen herbeizuführen. Sein bürokratischer Arbeitsstil und sein phänomenales Personengedächtnis prädestinierten ihn für die Aufgabe, durch planmäßigen Kadereinsatz in Ämtern, Medien und Massenorganisationen den Prozeß zu organisieren, durch den das Zentralsekretariat der SED zur Kommandozentrale der SBZ wurde.

1945 bis 1971 prägte Walter Ulbricht in zunehmendem Maße als faktischer, dann auch nominell als Generalsekretär der SED die Geschicke des zweiten deutschen Teilstaates. Sein Lebensweg begann im Arbeitermilieu Leipzigs, er stammt aus einer sozialdemokratischen Familie und wird sozialisiert im wilhelminischen Deutschland. Die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, der aus seiner Sicht gescheiterten deutschen Revolution von 1918 und sein Aufstieg als Apparatschik in der KPD formen diesen Mann, der nach 1933 aus Deutschland fliehen muß. Verachtet, unterschätzt und gehaßt, wurde er in den vierziger und fünfziger Jahren zur Symbolfigur stalinistischer Politik in Deutschland. Seine wichtigsten westdeutschen Gegenspieler, zunächst Kurt Schumacher, dann Konrad Adenauer, überlebte er. Nach dem Ende der Ära Adenauer wandelte sich das Ulbricht-Bild in der bundesdeutschen Publizistik und DDR-Forschung. Die Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat durch die Bundesrepublik stand bevor, und der deutsche Satrap Stalins mutierte zum kommunistischen Staatsmann. Gerhard Zwerenz stellte in seiner Skizze über Walter Ulbricht

---

90 Hermann Graml, Zwischen Stalingrad und Währungsreform – formative Jahre für eine neue Gesellschaft in Deutschland, in: Oberreuther/Weber, *Freundliche Feinde?*, S. 51-66, hier S. 65.

91 Vgl. den Beitrag von Michael Kubina zum Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD in diesem Band.

92 Erler/Laude/Wilke, "Nach Hitler ...", S. 416.

1966 fest: „Keineswegs untergegangen und eher aufgehend noch ist der Stern des Sachsen Walter Ulbricht, dessen erstaunliche Karriere die Frage nach den Grundlagen eingibt.“<sup>93</sup> Zwerenz hielt es für überfällig, daß in der Bundesrepublik eine realistische Einschätzung des ersten Mannes des zweiten deutschen Staates erfolgt und zur Kenntnis genommen wird, „was Ulbricht auszeichnet und ihn, von allen politischen und ideologischen Differenzen einmal abgesehen, zu einem Politiker von übernationaler Bedeutung macht“.<sup>94</sup> Nach dem Sturz Ulbrichts war sein Nachfolger in der DDR „mit der Löschung aller Spuren des Vorgängers, der ein Vierteljahrhundert diesen Staat und seine Menschen nach eigenen Vorstellungen formen wollte“,<sup>95</sup> beschäftigt, und der Apparat des Zentralkomitees und seine historischen Parteiarbeiter übernahmen diese Aufgabe.<sup>96</sup>

Die Öffnung der Archive der SED nach 1989 und die Erforschung der Geschichte des untergegangenen deutschen Teilstaates erfordern eine historische Einordnung von Ulbricht als Schlüsselperson der deutschen Teilungsgeschichte. Wilfried Loth hat eine solche Bewertung vorgenommen. Für ihn ist die Entstehung der DDR ohne Ulbricht „nicht denkbar. Subjektiv nur ein Musterschüler Stalins, war er tatsächlich ein Revolutionär aus eigenem Recht: Getrieben von einer Mischung aus ideologischem Sendungsbewußtsein und Machthunger, seit der Ankunft in Berlin auf Unterwerfung und Kontrolle bedacht, anpassungsfähig, aber geschickt jede Chance zur Durchsetzung seiner Vorstellungen nutzend. Daß er sich mit Stalin in Übereinstimmung glaubte, hinderte ihn nicht, tatsächlich einen eigenen Kurs zu verfolgen – indem er Moskauer Weisungen auf seine Weise interpretierte, Anregungen aus dem SMAD-Apparat aufgriff, soweit sie ihm ins Konzept paßten, und die häufige Undeutlichkeit der Moskauer Signale dazu nutzte, eigene Markierungen zu setzen.“<sup>97</sup> Der Hintergrund für Loths Interpretation, Ulbricht den Status eines Revolutionärs aus eigenem Recht zuzubilligen, ist seine These, daß Stalin eigentlich eine entmilitarisierte, neutrale, parlamentarisch verfaßte deutsche Republik mit einer bürgerlichen Gesellschaft wollte, während Ulbricht zielstrebig einen von den Kommunisten regierten Separatstaat anstrebte. Loth selbst verweist auf die Moskauer Weisungen, ohne die Ulbricht nicht zu handeln vermochte und die wiederum Ausdruck der sowjetischen Besatzungsherrschaft waren.

Viele dieser Weisungen ergaben sich aus den interalliierten Konflikten um die künftige Gestaltung von Vier-Zonen-Deutschland, denn die Sowjetunion war nicht die einzige Besatzungsmacht, sie mußte sich mit ihren früheren Kriegsalliierten arrangieren oder auseinandersetzen. Im Rahmen der sowjetischen Kontrolle über ihre Besatzungszone bekam Ulbricht und der von ihm geführte Zentrale Parteiapparat von KPD/SED im dem Maße größere Bedeutung, als die Besatzungsmächte dazu übergingen, die Befugnisse ihrer Militärregierungen deutscher Verwaltung und Landesregierungen zu übertragen. In diesem

---

93 Gerhard Zwerenz, Walter Ulbricht, München, Bern, Wien 1966, S. 7.

94 Ebenda, S. 7.

95 Norbert Podewin, Walter Ulbricht, Berlin 1995, S. 16.

96 Vgl. Hermann Weber, Die DDR 1945-1986, München 1988, S. 78. Zu dem vom selben Apparat zuvor organisierten Personenkult um den Ersten Sekretär vgl. das Kapitel Walter Ulbricht in: Hermann Weber, Ulbricht fälscht Geschichte, Köln 1964, S. 125ff.

97 Wilfried Loth, Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994, S. 226f.

Prozeß wuchs eine gewisse Eigenständigkeit des zentralen SED-Apparates.<sup>98</sup> Die sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland verfolgte in ihrem hegemonialen Konflikt mit den Westmächten zwei Zielsetzungen, die für Ulbricht zwingende Vorgaben für seine Politik in der SBZ waren: Erstens durch deutsche Reparationen eine schnelle Rekonstruktion der Wirtschaft der Sowjetunion als notwendige Voraussetzung der Ausdehnung und Modernisierung des militärischen Potentials zu gewährleisten, und zweitens die Sowjetische Besatzungszone als einen Teil der von der sowjetischen Armee besetzten ost- und mitteleuropäischen Gebiete sowohl als Objekt der Ausbeutung als auch im „Sinne der defensiven militärischen Sicherung der UdSSR“<sup>99</sup> zu behaupten. Schon beim Aufbau der KPD ließ Ulbricht keinen Zweifel, daß sozialistische Kräfte oder oppositionelle Kommunisten sich entweder dem Führungsanspruch der von Stalin installierten Berliner Parteizentrale unterwarfen, oder, wenn sie dies nicht tun wollten, ausgeschlossen oder verfolgt wurden. Der Status von Ulbricht als Revolutionär ist der eines Exekutors der sowjetischen Besatzungsherrschaft. Aber er wußte dies auch. In seinem Referat über die politische Führung der KPD gegenüber den anderen politischen Parteien nach Hitler im April 1944 stellte er fest, die deutsche Arbeiterklasse habe versagt, aber mit Hilfe der Roten Armee bekomme sie erneut eine Chance.<sup>100</sup> Zu den Rahmenbedingungen, unter denen der Revolutionär Ulbricht agierte, gehörte die Unsicherheit, ob die Sowjetunion dauerhaft die eigenständige Machtposition ihrer Moskauer Kader in der SBZ sichern wird. Die Machtmittel, auf die sich der Revolutionär Ulbricht stützen konnte, waren die Sowjetarmee und die apparative Hilfe von Ivan Serov und seinen „Organen“.

Ulbricht ist aber nicht nur eine Schlüsselperson der deutschen Teilungsgeschichte, er ist auch eine zentrale Figur der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung und des deutschen Kommunismus. Es gehörte zur Tradition der Komintern und des Stalinismus, daß sie auf die tatsächliche Lage der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern keine Rücksicht nahmen, wenn es die Interessenlage der Sowjetunion erforderte. In diesem Geist verfuhr der Okkupationsrevolutionär Ulbricht in der SBZ. Eine der Konsequenzen für die deutsche

---

98 Michael Lemke führte in die Diskussion zur angemessenen Beschreibung der multilateralen Interaktionen zwischen KPdSU und SED den Begriff der "Eigenständigkeit" ein, um den Spielraum der SED in einer asymmetrischen Abhängigkeit zur Sowjetunion zu charakterisieren und um den Begriff der Handlungsspielräume zu vermeiden; aber auch bei "Eigenständigkeit" bleibt die Unschärfe, die schon für den Handlungsraum charakteristisch ist. "Sie ist keinesfalls mit Unabhängigkeit zu verwechseln. Während Eigenständigkeit im Begriff der Unabhängigkeit eingeschlossen ist, sind Elemente von Unabhängigkeit nur bedingt im Begriff der Eigenständigkeit enthalten. Der Begriff ergibt nur Sinn, wenn man davon ausgeht, daß die SED/DDR in einem politischen Unterordnungsverhältnis zur UdSSR stand. [...] Der Begriff signalisiert die Fähigkeit der SED zur weitgehend freiwilligen Unterordnung unter die Moskauer Interessen und einen hohen Grad der Verinnerlichung von Sowjetisierung als das dem Charakter und den Zielen der SED gemäße, als das für die deutsche Entwicklung Beste und historisch Fortschrittlichste." Michael Lemke, Die Sowjetisierung der SBZ/DDR im ost-westlichen Spannungsfeld, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/97, 31. I. 1997, S. 43.

99 Theo Pirker, Der Stalinismus und die Arbeiterbewegung in Westdeutschland, in: Rudi Dutschke/Manfred Wilke (Hg.), Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 84-91.

100 Vgl. Erler/Laude/Wilke, "Nach Hitler ...", S. 171.

Arbeiterbewegung betraf Westdeutschland. Hier lähmte diese Politik, wie Theo Pirker urteilte, die Rekonstruktion einer sozialistischen Bewegung:

„Weder konnte die Agitation und Organisation der KPD die Sozialisten und Radikaldemokraten und erst recht nicht die breite Masse der Arbeiterklasse davon überzeugen, daß die Volksdemokratie der politischen Wirklichkeit in den von der Roten Armee besetzten ost- und mitteleuropäischen Gebieten entsprach, noch konnte sie belegen, daß die Volksdemokratie strategisch den Interessen der Arbeiterklasse in Westdeutschland gemäß sei oder mit Aussicht auf Erfolg als politische Linie und Zielsetzung verwendet werden könnte.“<sup>101</sup>

Ulbricht, ein Revolutionär aus eigenem Recht? Diese Einschätzung wird kaum aufrechtzuerhalten sein, ebensowenig wie die Vorstellung, Ulbrichts „revolutionäre Schöpfungen“, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die zweite Diktatur auf deutschem Boden, stellten einen legitimen Neuanfang nach Hitler dar.

## 8. Zu den Beiträgen in diesem Band

Das vom Generalsekretär geführte Politische Büro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war bis 1989 das Macht- und Regierungszentrum der DDR. Umgesetzt wurden seine Entscheidungen durch das Sekretariat des ZK und seine Abteilungen. Nach dem Sturz ihrer diktatorischen Macht schrieben auch ehemalige SED-Funktionäre unbefangen von der „Kommandozentrale“<sup>102</sup> der DDR. Die Beiträge in dem vorliegenden Band „Anatomie der Parteizentrale“ befassen sich mit der Konstituierung dieser „Kommandozentrale“ der zweiten deutschen Diktatur und ihrem Weg zur totalitären Macht in der sowjetischen Besatzungszone.

Die Reihenfolge der Beiträge entspricht dem Verlauf der durch sowjetische Entscheidungen und interalliierte Konflikte geprägten Teilungsgeschichte, in der der zentrale Parteiapparat der SED zur „Kommandozentrale“ der SBZ wurde. Der Weg zur Macht beginnt mit dem Wiederaufbau der KPD und der Rekonstruktion ihres zentralen Parteiapparates im Juni 1945. Die Absetzung der CDU-Führung durch die sowjetische Militäradministration im Dezember 1945 und die Fusion der SPD in der SBZ mit der KPD sind wichtige Weichenstellungen für die Durchsetzung des kommunistischen Machtmonopols in der SBZ. Die sowjetische Führung stützt sich von Anbeginn in der SBZ auf die KPD, und ihre Politik wird durch den Einsatz der „Moskauer Kader“ gesichert, die im zentralen Parteiapparat der KPD die Schlüsselpositionen besetzen. Aber die staatliche Gewalt wird in der SBZ von der Besatzungsmacht ausgeübt. Eines der wirksamsten Instrumente sowjetischer Besatzungspolitik sind die Sicherheitsapparate, in ihren Händen liegt die terroristische Gewalt, mit der die Transformationsdiktatur etabliert und durchgesetzt wird. Das Konzept der Schlüsselpo-

---

101 Theo Pirker, *Der Stalinismus und die Arbeiterbewegung*, S. 89.

102 Otfried Arnold/Hans Modrow, *Das große Haus. Struktur und Funktionsweise des Zentralkomitees der SED*, in: Hans Modrow (Hg.), *Das große Haus. Insider berichten aus dem ZK der SED*, Berlin 1994, S. 32.

sitionen übertragen die Besatzungsmacht und der zentrale Parteiapparat der KPD/SED von Anfang an auf den Aufbau neuer deutscher Staatsverwaltungen in der Besatzungszone. Die Innenminister der neu geschaffenen Länder werden von kommunistischen Kadern übernommen. Die Innenministerien funktionieren somit als „Parteiministerien“, verantwortlich für Personalpolitik und den Aufbau einer im kommunistischen Sinne zuverlässigen Polizei. Als sich die Teilung abzeichnet, nutzt der zentrale Parteiapparat der SED die Innenministerien, um den Föderalismus in der SBZ zu beseitigen. Die KPD, aber auch die SED, verstanden sich als gesamtdeutsche Parteien. Als sich 1947 die Teilung des Landes in zwei eigenständige Staaten abzeichnet und die sowjetische Besatzungsmacht alles tut, um der SED die totalitäre Macht über die SBZ zu übertragen, verstärkt die SED zugleich ihre Aktivitäten in den westlichen Besatzungszonen, sie baut ihre illegalen Westapparate aus. Die SBZ wird zunehmend in den sowjetischen Block integriert, und ihre Geschichte ist somit Teil des sowjetischen Imperiums. Für die Etablierung der bipolaren europäischen Nachkriegsordnung war die Machtübernahme der tschechoslowakischen Kommunisten im Februar 1948 eine ebenso wichtige Zäsur wie die Berliner Blockade. Finnland – obwohl im sowjetischen Einflußbereich – wird nicht sowjetisiert. Heikko Larmola geht der Frage nach, welche inneren und äußeren Faktoren Finnland davor bewahrten, den Weg der Tschechoslowakei zu gehen. Der Beitrag von Klaus Schroeder beschließt den Band; er befaßt sich mit der theoretischen Einordnung der DDR als totalitärer Gesellschaft. Seine parallel zu diesem Sammelband erscheinende Geschichte der DDR<sup>103</sup> unterstreicht die Bedeutung der Nachkriegszeit als Gründungsphase des SED-Staates. In dieser Zeit entstanden die Strukturen und Beziehungen zwischen Partei und Staat, die im weiteren Verlauf der Entwicklung modifiziert, aber bis 1989 nicht grundlegend geändert wurden.

Die folgenden Summaries zu den einzelnen Beiträgen sollen die Orientierung der Leser erleichtern.

In den einschlägigen Darstellungen der bisherigen Forschung zur SED wird der frühe Parteiapparat der KPD, zugleich Nukleus des späteren SED-Parteiparates, nur am Rande behandelt. *Michael Kubina* hat Entstehung, Struktur und Arbeitsteilung des zentralen Apparates der KPD in seinem Beitrag „*Der Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD 1945-1946*“ erstmals dargestellt. Der Aufbau dieser ersten zentralistisch organisierten politischen deutschen Institution in der SBZ wurde von der sowjetischen Führungsspitze verfügt, die damit eine entscheidende Weichenstellung in ihrer Deutschlandpolitik vornahm und die weitere Entwicklung dieses Apparates, aber auch der SBZ insgesamt, präjudizierte. Von Anfang an befaßte sich der Parteiapparat nicht nur umfassend mit allgemeingesellschaftlichen Fragen, sondern war auch bereits in entsprechende Ressorts untergliedert. Zwar setzten die konkreten Verhältnisse in Deutschland und der SBZ, angefangen vom allgegenwärtigen Kadernmangel über die Notwendigkeit blockpolitischer Rücksichtnahmen bis hin zu den von der Vier-Mächte-Kontrolle über Deutschland bestimmten politischen Rahmenbedingungen, dem Aufbau der Parteizentrale zunächst gewisse Grenzen. Bestimmte Politikfelder konnten nicht oder nur in verdeckter Form vom KPD-Apparat bearbeitet werden. In

---

103 Klaus Schroeder, *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR*, München 1998 (im Erscheinen).

die Vereinigung mit der SPD zur SED brachte die KPD jedoch einen im wesentlichen funktionstüchtigen und in seinen Strukturen mehr oder weniger feststehenden zentralen Parteiapparat ein.

Der Beitrag von *Friederike Sattler*, „*Bündnispolitik als politisch-organisatorisches Problem des zentralen Parteiapparates der KPD 1945/46*“ zeigt an zwei ausgewählten Konflikten – der politischen Zustimmung zur Bodenreform und des erzwungenen Vereinigungsprozesses von KPD und SPD – in welchem Ausmaß die kommunistische Partei ein Instrument sowjetischer Politik zur Einflußnahme auf das deutsche Parteienspektrum war. Schon kurz nach ihrer Wiedezulassung gelang es der KPD entsprechend ihrem bündnispolitischen Auftrag, mit den anderen Parteien institutionalisierte Formen der Zusammenarbeit zu vereinbaren: der Aktionseinheitsausschuß von KPD und SPD konstituierte sich am 19. Juni 1945, der Einheitsfrontausschuß aller vier zugelassenen Parteien am 14. Juli 1945. Auf beide Gremien übte das „provisorische Sekretariat“ der KPD, das sich sehr schnell auf Zuarbeiten aus dem personell und strukturell zügig ausgebauten hauptamtlichen zentralen Parteiapparat stützen konnte, in engster Abstimmung mit sowjetischen Instanzen bestimmenden Einfluß aus. Innerhalb des zentralen Parteiapparates der KPD gab es zwar 1945/46 keine spezielle Abteilung, die sich mit der Bündnispolitik befaßte, doch in Reaktion auf die jeweils aktuellen Konfliktlagen entstanden – zunächst wenig systematisch und nach außen hin in der Regel nicht offen erkennbar – recht schnell verschiedene apparative Strukturen zur Beobachtung und Kontrolle der „Bündnispartner“. Trotzdem gelang es der KPD-Parteiführung nicht, aus eigener Kraft die Zustimmung der anderen Parteien zur Bodenreform zu erlangen oder aus eigener Kraft die Vereinigung mit der SPD zu erreichen. In beiden Fällen war man auf direkte Eingriffe von sowjetischer Seite angewiesen. Allein der KPD-Parteiführung bündnispolitisches Versagen vorzuwerfen, wäre allerdings zu einfach: Die Bündnispolitik als sowjetisches Konzept stieß in Deutschland bereits im ersten Nachkriegsjahr an ihre Grenzen. Der Konflikt um die Bodenreform und die erzwungene zonale Vereinigung von KPD und SPD mit ihren jeweiligen Auswirkungen auf das deutsche Parteiensystem belegen den unbedingten kommunistischen Willen zur hegemonialen Macht in einem Teil Deutschlands, auch wenn der potentielle Einfluß auf den anderen Teil Deutschlands dadurch unweigerlich zurückgehen mußte.

Wie *Manfred Wilke* in seinem Beitrag „*Kurt Schumacher und die Gründung der SED*“ zeigt, begann die Fusionskampagne der KPD gegenüber der SPD im Herbst 1945, nachdem die beiden sozialdemokratischen Führungszentren in Hannover und Berlin ihren politischen Führungsanspruch beim Aufbau der neuen deutschen Demokratie erhoben hatten. Die kommunistische Politik der Aktionseinheit gegenüber den Sozialdemokraten geriet in eine Krise und war zugleich mit den Grenzen des sowjetischen Machtbereichs im Vier-Zonen-Deutschland konfrontiert. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Politik von Kurt Schumacher, der eine sozialistische Einheitspartei unter Einbeziehung der Kommunisten schroff zurückwies, und dem es gelang, schon 1945 in den westlichen Besatzungszonen die politische Hegemonie der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten durchzusetzen. Demokratie, Sozialismus und Souveränität des deutschen Nationalstaates waren die Maximen von Schumachers Politik, und er verlangte gegenüber den alliierten Siegern den Respekt vor dem politisch-moralischen Recht des „anderen Deutschland“, das dem Nationalsozialismus

widerstanden hatte und sich damit auch gegenüber den Siegermächten den Anspruch erworben hatte, aktiv mitzuwirken am Neubau einer deutschen Republik. Kommunisten betrachtete Schumacher nicht primär als deutsche Arbeiterpartei, sondern als Instrument der sowjetischen Deutschlandpolitik. Die sozialdemokratische Selbstbehauptung, die Kurt Schumacher in den westlichen Besatzungszonen durchsetzen konnte, gehört somit zu den Ursachen für die kommunistische Entscheidung, die SPD in der SBZ durch Fusion als eigenständige Partei auszuschalten.

*Peter Erler* widmet sich in seinem Beitrag „*‘Moskau-Kader’ der KPD in der SBZ*“ den deutschen Kommunisten, die nach der Machtergreifung Hitlers in die Sowjetunion gingen und nach ihrer Rückkehr aus dem Exil die Politik der KPD/SED und die gesellschaftliche Entwicklung der SBZ/DDR maßgeblich beeinflussten. Erstmals wird hier diese Gruppe, definiert, näher beschrieben, quantitativ erfaßt und ihre Rolle in der Sowjetischen Besatzungszone umrissen. So geht der Verfasser der Frage nach, welche Befähigungen, Eigenschaften, Merkmale und Prägungen die „Moskau-Kader“ im Exilland UdSSR erwarben bzw. erhielten, die sie als bestimmten Personenkreis charakterisierten und sie im Vergleich mit anderen Gruppierungen in der KPD/SED für ihre zukünftige Aufgabe als Entscheidungsträger prädestinierten. Weiterhin stellt er den kompliziert verlaufenden Prozeß der Rückführung der Emigranten aus der Sowjetunion dar und skizziert die Entwicklung des Konflikts mit den „Kommunisten im Lande“. Abschließend werden konkret die Bereiche in KPD/SED, Verwaltung und Gesellschaft aufgezeigt, in denen die „Moskau-Kader“ von Mai 1945 bis Oktober 1949 verantwortliche Posten und Funktionen einnahmen bzw. ausübten.

Wie der Beitrag von *Vladimir Vladimirovič Sacharov, Dmitrij Nikolaevič Filippovych* und *Michael Kubina*: „*Tschekisten in Deutschland – Organisation, Aufgaben und Aspekte der Tätigkeit der sowjetischen Sicherheitsapparate in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945-1949)*“ verdeutlicht, übte die sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Zone uneingeschränkt die oberste Regierungsgewalt aus. Die Parteizentrale der SED konnte nur in enger Abstimmung mit der sowjetischen Führungsmacht handeln. Die Besatzungsmacht übernahm auch die terroristische Absicherung der Macht mit Hilfe ihrer Sicherheitsapparate (NKVD/MGB). Die russischen Historiker *Vladimir V. Sacharov* und *Dmitrij N. Filippovych* stellen in diesem Band, gestützt auch auf russische Archive und in Zusammenarbeit mit *Michael Kubina*, die Organisation der sowjetischen Sicherheitsapparate in der SBZ dar und bieten einen Überblick über deren Tätigkeitsfelder in den Jahren 1945 bis 1949. Hier wird unter anderem *Ivan Serov* in unseren Blick gerückt, der durchaus als sowjetischer Okkupationsspezialist bezeichnet werden kann. In *Serovs* Hände legte *Stalin* in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Führung der Sicherheitsapparate (NKVD/MGB) in der SBZ und die Kontrolle über den Aufbau der deutschen Verwaltung. Nachdem die „Organe“, wie die tschekistischen Apparate zusammenfassend genannt wurden, *Moskaus* internationalistischen Kadern aus der deutschen Partei den Weg zur Macht freigeräumt hatten, standen sie ihnen beim Aufbau deutscher „tschekistischer“ Apparate mit Rat und Tat zur Seite. Deutsche Kommunisten waren aber nicht nur die Hauptinformanten des sowjetischen Geheimdienstes, sondern wurden von diesem auch „operativ bearbeitet“, wenn sie sich nicht bedingungslos dem Diktat aus *Moskau* beugen wollten. Bereits 1946 wurde die KPD-Führung von *Serov* aufgefordert, gegen oppositionelle Gruppen in den eigenen Parteien

vorzugehen, und setzte draufhin ihren eigenen, sich noch im Aufbau befindlichen „Abwehrapparat“ auf „Abweichler“ an.

Der Beitrag von *Hans-Peter Müller*: „*Parteiministerien' als Modell politisch zuverlässiger Verwaltungsapparate – Eine Analyse der Protokolle der SED-Innenministerkonferenzen 1946-1948*“ stellt erstmals die Protokolle der Innenministerkonferenzen von 1946 bis 1948 ins Zentrum der Betrachtung. Er legt dar, daß in Bezug auf Kaderpolitik, Zentralisierung administrativer Funktionen und Kompetenzen und die Unterhöhlung des Föderalismus die Innenministerien von Anfang als politische Schlüsselressorts zu betrachten sind. Im Zusammenspiel von SMAD, DVdI und Innenministerien gelingt es der SED, letztere gegen die Widerstände der nicht-kommunistischen Parteien und Verwaltungsfachleute zu politischen Strukturministerien und zum Modell „politisch zuverlässiger Apparate“ für die ganze Verwaltung zu machen. Mit unverhohlenem Machtanspruch betrachtete die SED die Innenministerien als Bastionen und Brückenköpfe im Sinne ihres parteipolitischen Machteroberungsbehrens. Der sächsische Innenminister und spätere DVdI-Präsident Kurt Fischer bringt mit seinen Begriffen von den „Parteiministerien“ und den „Staatsmachtministerien“ Aufgaben und Struktur der Innenministerien im Verständnis der SED auf den Punkt. Der institutionelle Kern für die Notwendigkeit der Innenministerkonferenzen liegt in den Prinzipien des Föderalismus begründet, die zunächst auch die Sowjetunion als Besatzungsmacht anerkannte. Es ist daher eine Ironie der Geschichte, daß diese mächtigen Ministerien in dem Maße, wie sie bei der Unterhöhlung des Föderalismus und der Zentralisierung der Macht erfolgreich waren, sich zugleich zunehmend selbst obsolet machten.

Wie die KPD bereits von Anfang an neben den „offiziellen“ Strukturen in der Parteizentrale auch konspirative Apparate aufbaute, zeigt der Beitrag von *Michael Kubina*: „*Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein.*“ *Zum Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED 1945-1949*“. Dargestellt werden hier die Entwicklung der quasi offiziellen Parteistrukturen für die Westarbeit, die 1949 in der Bildung der Westkommission beim SED-Politbüro münden, wie auch die verschiedenen konspirativen Apparate der KPD/SED, von Richard Stahlmanns Grenzapparat, der sog. Abteilung Verkehr, über Ernst Wollweber und den N-Apparat der KPD bis hin zu Bruno Haidts Abwehrapparat und dessen Aktivitäten auf dem Gebiet der Westarbeit. Mit diesen konspirativen Apparaten wurden teilweise die Grundlagen für den 1951 unter sowjetischer Regie und Leitung Anton Ackermanns gebildeten Außenpolitischen Nachrichtendienst der DDR (APN), dem Vorläufer von Markus Wolfs Hauptabteilung Aufklärung (HVA), gelegt.

Der Beitrag von *Heikki Larmola*: „*Sowjetisierung oder Neutralität? Warum Finnland nicht den Weg der Tschechoslowakei ging*“ vergleicht die Entwicklungen in Finnland und der Tschechoslowakei. Er zeigt die Verflechtung von außen- und innenpolitischen Prozessen in der bipolaren Weltordnung, die im Fall der Tschechoslowakei im Februar 1948 zur kommunistischen Machtübernahme führen, während in Finnland dieser Weg vermieden wurde. Nach 1945 waren in beiden Ländern die Kommunisten an der Regierung beteiligt, es gab keine sowjetischen Truppen im Land, und in beiden Ländern wurden die Innenministerien von den Kommunisten geführt. In der Tschechoslowakei wurden die Kommunisten 1946 in freien Wahlen die stärkste Partei, eine solche Position errangen sie in Finnland nicht. Den

finnischen Kommunisten gelang es im Gegensatz zu ihren tschechoslowakischen Genossen niemals, die Kontrolle über die Polizei und die Armee zu erlangen. Heikki Larmola zeigt, wie wichtig die innere Entwicklung in beiden Ländern gewesen ist, die dazu führte, daß Finnland, obwohl im Machtbereich der Sowjetunion befindlich, sich nicht sowjetisieren ließ. Aber so wichtig der innenpolitische Faktor in Finnland war, ausschlaggebend war die geopolitische Lage Finnlands in der bipolaren Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und dem Westen. Finnland, an der nördlichen Peripherie Europas gelegen, das aber an der Seite des Deutschen Reiches gegen die Sowjetunion Krieg geführt hatte, lag am Rande der auf Mittel-, Ost- und Südeuropa ausgerichteten Blockbildung auf dem Kontinent.

Zeitgeschichtliche Forschung kann und darf auf die theoretische Einschätzung bzw. Einordnung ihres Untersuchungsgegenstandes nicht verzichten, will sie sich nicht zu einer bloßen Deskription der Chronologie der Ereignisse reduzieren. Andererseits sollte die Theorie aber auch nicht die empirische zeitgeschichtliche Forschung prädominieren oder gar determinieren. Klaus Schroeder rekapituliert in seinem abschließenden Beitrag „Die DDR: Eine (spät-)totalitäre Gesellschaft“ die Anfang der sechziger Jahre beginnende Auseinandersetzung um die theoretische Klassifizierung der DDR in der Bundesrepublik. Die Ablösung des Totalitarismuskonzepts durch Vertreter einer kritisch-systemimmanenten Methode, die im Rahmen der Auseinandersetzung um die Konvergenz beider Gesellschaftssysteme erfolgte, betonte stärker die industriegesellschaftlichen Grundlagen der DDR und betrachtete das politische System zunehmend als etablierte, unabänderliche Herrschaft. Das diktatorische Wesen dieser Herrschaft rückte in den Hintergrund. Nach dem Ende der DDR und dem nun möglichen Einblick in die archivalischen Hinterlassenschaften wird deutlich, daß die von der systemimmanenten Forschungsrichtung dominierte politikwissenschaftliche DDR-Forschung in wesentlichen Punkten in der angemessenen Analyse der diktatorischen Strukturen die DDR-Wirklichkeit verfehlt hat. Schroeder verweist darauf, daß, entgegen der Vermutung der Kritiker, die Verfechter eines Totalitarismuskonzepts zur Erforschung der DDR ihren theoretischen Ansatz seit den sechziger Jahren durchaus weiterentwickelt haben. Unter Rückgriff auf diese Überlegungen kennzeichnet Schroeder die DDR als eine in den ersten beiden Jahrzehnten eindeutig totalitäre Gesellschaft, die sich seit den siebziger Jahren aufgrund mit der internationalen Anerkennung einhergehender Veränderungen zu einem (spät-)totalitären Versorgungs- und Überwachungsstaat wandelte. Der Zusammenbruch der DDR resultierte hiernach – abgesehen von der Agonie des sowjetischen Imperiums – aus dem antagonistischen Widerspruch zwischen dem Macht- und Gestaltungswillen der SED-Führung und den Modernisierungszwängen einer Industriegesellschaft, die sich als sozialistische Alternative zur Marktwirtschaft verstand.

# Der Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD 1945-1946

Vor acht Jahren begannen die deutschen Kommunisten in der DDR, sich vom Namen ihrer Partei zu verabschieden. Die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) beschrieb sich zunächst mit einem Namensanhang als eine „Partei des demokratischen Sozialismus“ (SED-PDS), bis sie sich wenig später vollständig von dem Namen trennte, den sie über 43 Jahre getragen hatte und unter dem sie zum totalitären Machtzentrum in der SBZ und der späteren DDR geworden war. Jene mit dem Jahr 1946 beginnenden 43 Jahre versperren offenbar den Blick darauf, daß die Grundlagen für die Machteroberung durch diese Partei in dem einem Teil Deutschlands im Jahr 1945 – und nicht 1946 – gelegt wurden, als die in Stalins Auftrag aus Moskau zurückkehrenden KPD-Führer mit dem Aufbau des Parteiapparates begannen, der entsprechend dem Stalinschen Vorbild zum Anleitungs- und Kontrollzentrum von Staat und Gesellschaft entwickelt werden sollte. Nach wenigen Monaten legten die Kommunisten jedoch ihren Namen ab, behaupteten, einen „besonderen [demokratischen?, d. Verf.] Weg“ zum Sozialismus beschreiten zu wollen, „vereinten“ sich mit Unterstützung von Sowjetischer Militäradministration (SMAD) und Moskaus tschekistischer „Organe“ mit ihrem Hauptkonkurrenten auf dem Weg zum Sozialismus, den Sozialdemokraten, und nannten sich fortan für 43 Jahre SED.

Die Zentrale der KPD und ihr Apparat nach dem zweiten Weltkrieg<sup>1</sup> sind von der Forschung bisher nur marginal in den Blick genommen worden. Die umfangreiche Arbeit von Günter Benser zur KPD im Jahre 1945 bietet hinsichtlich des Aufbaus des zentralen Apparates kaum etwas,<sup>2</sup> ebensowenig der von einem „Autorenkollektiv“ erarbeitete offizielle „Abriß“ der Geschichte der SED.<sup>3</sup> Die vorliegenden Arbeiten zur KPD befassen sich eher

- 
- 1 Zum Parteiapparat der KPD vor 1933 s. Hermann Weber, Die Wandlungen des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1969, v. a. S. 251-293, für die Zeit der Illegalität und des Exils s. Horst Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Wien 1974, v. a. S. 101ff., 183ff., 351ff., 365ff.
  - 2 Günter Benser, Die KPD im Jahre der Befreiung. Vorbereitung und Aufbau der legalen kommunistischen Massenpartei (Jahreswende 1944/45 bis Herbst 1945), Berlin (Ost) 1985.
  - 3 Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Berlin (Ost) 1978. Da einige der am Werk Beteiligten weiterhin auf dem Gebiet der SED/DDR-Geschichte arbeiten, lohnt es, sich das „Autorenkollektiv“ noch einmal vor Augen zu führen: Ernst Diehl, Gerhard Roßmann, Wolfgang Art,

mit ihrer programmatischen Entwicklung oder dem Weg zur Vereinigung mit der SPD. Zwar gibt es einige wenige Ausnahmen, so beispielsweise Werner Müllers Beitrag im SBZ-Handbuch,<sup>4</sup> wie auch einige spezielle Aspekte des KPD-Parteiapparates berührende Untersuchungen, etwa die von Hermann Weber zu Problemen der Kaderbildung der KPD 1945/46<sup>5</sup> oder die von Jan Foitzik zum Kadertransfer sudetendeutscher Kommunisten aus der Tschechoslowakei in die SBZ.<sup>6</sup> Die auch heute noch grundlegenden Arbeiten zur Entwicklung und Struktur der „bolschewistischen Partei“ von Carola Stern aus den 50er und 60er Jahren<sup>7</sup> wie auch spätere Darstellungen beginnen aber erst mit der SED-Gründung und heben damit zumindest implizit den Zäsurcharakter der SED-Gründung für die Geschichte der SPD als auch für die der KPD hervor.<sup>8</sup> Allerdings wurden insbesondere von Hermann Weber immer auch die Elemente der Kontinuität in der Entwicklung von der KPD zur SED betont.<sup>9</sup>

Während die Vereinigung von KPD und SPD zur SED für die SPD<sup>10</sup> ganz zweifellos eine einschneidende Zäsur darstellte,<sup>11</sup> gilt dies für die KPD in weitaus geringerem Maße. Für

---

Günter Benser, Helene Fiedler, Heinz Gambke, Heinz Heitzer, Frank-Joachim Hermann, Helga Kanzig, Hans-Joachim Krusch, Günter Möschner, Wilfriede Otto, Karl Reißig, Rolf Stöckigt, Eckhard Trümpler, Walter Wimmer.

- 4 S. Werner Müller, *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)*, in: *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949*, hg. von Martin Broszat und Hermann Weber. München 1990, S. 440-459. Für einen allgemeinen Literaturüberblick sei hier nur auf die jeweiligen Abschnitte zum Forschungsstand in dem genannten Beitrag Müllers zur KPD und denen zur SPD und zur SED, ebenda, S. 453f., 472f. und 501f., verwiesen. Speziell zum Vereinigungsprozeß vgl. auch Dietrich Staritz, *Zur Gründung der SED, Forschungsstand, Kontroversen, offene Fragen*, in: *Einheitsfront, Einheitspartei. Kommunisten und Sozialdemokraten in Ost- und Westeuropa 1944-1948*. Hg. von Dietrich Staritz und Hermann Weber. Köln 1989, S. 38-75.
- 5 S. Hermann Weber, *Die deutschen Kommunisten 1945 in der SBZ. Probleme bei der kommunistischen Kaderbildung vor der SED-Gründung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 31/1978, S. 24-31.
- 6 S. Jan Foitzik, *Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46*, in: *VfZG (XXXI) 1983*, S. 308-334.
- 7 Carola Stern, *Die SED. Ein Handbuch über Aufbau, Organisation und Funktion des Parteiapparates*. Köln 1954; dies., *Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED*. Köln 1957; dies., *Die SED. Historische Entwicklung. Ideologische Grundlagen. Programm und Organisation*, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, o. O. (Bonn) o. J. (1968). (Bonner Fachberichte aus der Sowjetzone).
- 8 S. beispielsweise Hermann Weber/Fred Oldenburg, *25 Jahre SED. Chronik einer Partei*. Köln 1971.
- 9 S. Hermann Weber, *Traditionslinien und Neubeginn der deutschen Parteien 1945 – am Beispiel der Arbeiterparteien*, in: Max Kaase (Hg.), *Politische Wissenschaft und politische Ordnung*, Opladen 1986, S. 305-317; *Die SED in Geschichte und Gegenwart*. hg. von Ilse Spittmann, Köln 1987. (Edition Deutschland Archiv), hier v. a. ders., *Geschichte der SED*, S. 6-42. Die Kontinuität im Titel zwar betonend, aber auf die hier zu behandelnden Fragen nur marginal eingehend s. ders., *Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht. Wandlungen des Kommunismus in Deutschland*, Hannover 1961. Zur Kontinuität in der Politik der Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten vgl. jüngst auch ders., *„Hauptfeind Sozialdemokratie“: Zur Politik der deutschen Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten zwischen 1930 und 1950*, in: Rainer Eckert/Bernd Faulenbach (Hg.): *Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild*, München 1996, S. 25-46.
- 10 Zur Sozialdemokratie im Vereinigungsprozeß s. an neueren Arbeiten beispielsweise Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946. Mit einer

die KPD bildete eher ihre Wiederezulassung im Juni 1945 die Zäsur. Schon in Moskau fanden die Beratungen der „Arbeitskommission des ZK der KPD“ aus der Perspektive einer künftigen Staatspartei statt.<sup>12</sup> Nach Kriegsende wurde sie konsequent als „Staatspartei“ aufgebaut. So heißt es beispielsweise in den „Richtlinien für Parteaufbau und Mitgliederwerbung (Entwurf)“ vom September 1945, daß die „Partei als Führerin des Volkes und als organisierende Kraft beim Wiederaufbau des Landes [...] nicht in der Stellung einer Oppositionspartei zum neu aufzurichtenden Staat stehen“ dürfe. Daraus ergebe sich auch ein „neuer Charakter der Arbeit der Parteileitungen.“<sup>13</sup> Alte („revolutionäre“) KPD-Mitglieder befanden sich wegen der Aufnahme Tausender neuer Mitglieder bald in einer Minderheit.<sup>14</sup>

Die meist mehr und selten weniger der Hagio- denn der Historiographie zuzuordnenden Parteiarbeiter an der Legitimationsfront der SED tendierten allerdings zuweilen zum anderen Extrem und ließen beispielsweise eine dreibändige Dokumentation zur Geschichte der Einheitspartei mit den Statuten des Bundes der Kommunisten aus dem Jahre 1847 beginnen und die (Wieder-)Vereinigung mit der SPD 1945 quasi als Heimholung abtrünniger Reformisten erscheinen, indem sie für den Zeitraum seit Gründung der KPD kein Dokument sozialdemokratischer Provenienz mehr aufnahmen.<sup>15</sup> Heute führen ehemalige SED-Geschichtsfunktionäre einerseits sogar noch den „friedliche[n] Verlauf der Wende des Jahres 1989/1990“ auf den „Doppelcharakter dieser einflußreichen und mitgliederstarken Partei“, die einerseits Kaderpartei und andererseits Massenpartei gewesen sei, zurück,<sup>16</sup> andere betonen die Kontinuitäten in der Parteiauffassung und stellen „Selbstkritik“ ühend fest, daß „eine Linie von der Bolschewisierung der KPD in den 20er Jahren bis zur Zeit nach 1945 [führe], als die Kommunisten ziemlich nahtlos“ an das bolschewistische Parteikonzept anknüpften. Diese „Parteiauffassung“ sei, so Heinz Heitzer in einem Diskussionsbeitrag, „neben anderen Ursachen der entscheidende Fehllansatz gewesen, der ihn dazu führte, ein letzten Endes falsches Geschichtsbild zu entwerfen.“<sup>17</sup>

---

Einführung von Hans-Joachim Krusch und Andreas Malycha, Berlin 1990; Andreas Malycha, Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn 1995 (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 16); Beatrix Bouvier/Horst-Peter Schulz (Hg.), „... die SPD aber aufgehört hat zu existieren“. Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung, Bonn 1991; dies., Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1953, Bonn 1996.

- 11 S. Andreas Malycha, Partei von Stalins Gnaden. Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Bonn 1995; Harold Hurwitz, Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust an Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946-1949, Berlin 1997.
- 12 S. Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hg.), „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 68ff.
- 13 S. Dokumente III [Zum Volltitel s. Anm. 19], S. 359-366, hier S. 359.
- 14 S. Weber, Die deutschen Kommunisten 1945 in der SBZ, passim.
- 15 S. Dokumente zur Geschichte der SED, 3 Bde., Red. Eckhard Müller, Rainer Holze, Horst Laschitza, Gerhard Winkler, Berlin 1981, hier Bd. I.
- 16 S. Günter Benser, Die SED zwischen Massenpartei und Kaderpartei neuen Typs (1946-48), in: Ansichten zur Geschichte der DDR, hg. von Dietmar Keller u. a., Bd. 1, Bonn 1993, S. 81-97, hier S. 96f.
- 17 S. die Referierung des Diskussionsbeitrags von Heinz Heitzer in: „Provisorium für längstens ein Jahr“. Protokoll des Kolloquiums Die Gründung der DDR, hg. von Elke Scherstjanoi, Berlin 1993, S. 303.

Das Forschungsdefizit hinsichtlich des Parteiapparates der KPD 1945/46 war bis 1989/90 natürlich vor allem auch auf die außerordentlich schlechte Quellenlage zurückzuführen.<sup>18</sup> Inzwischen sind die SED-Archive allgemein zugänglich und stehen nicht mehr nur ausgewählten SED-Parteihistorikern zur Verfügung. Diese hatten zwar vor 1989 auch nur – in unterschiedlichem Maße – begrenzte Nutzungsmöglichkeiten. Ihre Insiderkenntnisse konnten sie nach 1989 jedoch für relativ kurzfristige Dokumentenpublikationen nutzen. Der Entwicklung der „kommunistischen Bewegung in Deutschland“ ist eine fünfbändige Quelledition von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch gewidmet, „die für das erste Nachkriegsjahr die geschlossene Überlieferung der Protokolle der obersten Gremien und der zentralen Führungsorgane“ vorzulegen verspricht und auch wichtige Dokumente für die Entwicklung des zentralen Parteiapparates der KPD enthält, insbesondere die Protokolle des Sekretariats der KPD.<sup>19</sup> Anders als manche ehemalige SED-Historiker<sup>20</sup> in ihren Publikationen glauben machen wollen und auch die Herausgeber der genannten Quelledition behaupten, spiegeln diese Dokumente allerdings weniger „das Bestreben der Kommunisten, ihre Organisation als Partei des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus zu profilieren“,<sup>21</sup> wider als den unbedingten Willen der KPD, die alleinige Macht in Staat und Gesellschaft mit Hilfe ihres Apparates zu erringen. In welchem Maße die KPD-Führung bei ihrer Machtergreifung in Deutschland bzw. der SBZ von der sowjetischen Führung und den Besatzungsorganen abhängig war, belegen nicht nur die von Rolf Badstübner in Zusammenarbeit mit Wilfried Loth edierten handschriftlichen Notizen Wilhelm Piecks über entsprechende Kontakte<sup>22</sup> und die von Gerhard Keiderling zur „Gruppe Ulbricht“ vorgelegte Dokumentensammlung,<sup>23</sup> sondern auch eine der Arbeit der Propaganda-/Informationsverwal-

- 
- 18 Auch Wolfgang Leonhard geht in seinen Erinnerungen kaum auf den Aufbau des Parteiapparates ein, s. Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln, Berlin 1955, S. 406ff. Vgl. auch ders., *Spurensuche. 40 Jahre nach Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln 1992, S. 149ff.
- 19 S. *Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946*, Bde. 1-5, hg. von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch, München u. a. 1993-1996 [nachfolgend zitiert als *Dokumente plus Bandangabe*]. Die hier fast durchgehend als Faksimiles veröffentlichten Dokumente sind allerdings durch die Herausgeber nur sehr unzureichend eingeleitet bzw. kommentiert worden. Nicht einmal ein genauer Quellennachweis erfolgt.
- 20 Für reine Apologetik vier Jahre nach Zusammenbruch der SED-Diktatur s. beispielsweise: *Zum deutschen Neuanfang, 1945-1949. Tatsachen, Probleme, Ergebnisse, Irrwege. Die Arbeiterbewegung und die Entstehung der beiden deutschen Staaten*, hg. von der Marx-Engels-Stiftung, Bonn 1993 (Schriften der Marx-Engels-Stiftung, Bd. 19). Vgl. zu der Frage auch kritisch Rainer Eckert, *Handlungsspielraum oder Parteindoktrination? Langzeitwirkungen der SED-Herrschaft in der Geschichtswissenschaft*, in: *Deutschland Archiv* 12/1993, S. 1409-1412.
- 21 *Dokumente I*, S. 13.
- 22 S. Wilhelm Pieck – *Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1993*, hg. von Rolf Badstübner und Wilfried Loth, Berlin 1994. Die Herausgeber verzichten leider weitestgehend auf die Wiedergabe von Faksimiles. Wie inzwischen anhand einiger herausragender Dokumente nachgewiesen wurde (vgl. Anm. 39 und 51), taugen Piecks stichwortartige Notizen, insbesondere wenn nur die Klarschriften von Badstübner/Loth oder Piecks Tochter Elly Winter benutzt werden, jedoch kaum für weiterreichende Schlußfolgerungen. Über die interpretatorische „Belastbarkeit“ dieser Notizen gab es etliche Kontroversen, v. a. hinsichtlich der sowjetischen Deutschlandpolitik. S. beispielsweise die Auseinandersetzung zwischen Wilfried Loth und Gerhard Wettig 1995 im *Deutschland Archiv*.
- 23 S. „Gruppe Ulbricht“ in Berlin. April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedegründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, hg. von Gerhard Keiderling, Berlin

tion der SMAD unter Sergej I. Tjul'panov gewidmete und von Bernd Bonwetsch, Gennadij Bordjugov und Norman Naimark erstellte Auswahl sowjetischer Dokumente.<sup>24</sup> Wenn Untersuchungen zur „Zentrale der Diktatur“ in der SBZ trotz der neuen Quellenlage erst mit der Vereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 beginnt, wird allerdings der Eindruck vermittelt, als sei der zentrale Parteiapparat erst mit der Gründung der SED entstanden, und zwar als paritätischer KPD/SPD-Apparat.<sup>25</sup> Zum Zeitpunkt der Vereinigung beider Parteien existierte jedoch bereits, wie hier gezeigt werden soll, ein in seinen wesentlichen Elementen funktionstüchtiger zentraler Parteiapparat der KPD, der nach der Vereinigung lediglich noch durch ehemalige SPD-Mitglieder und Neuzugänge „aufgefüllt“ wurde.

## 1. Verdeckte Vorarbeiten zum Aufbau des Parteiapparates

Die KPD-Führung konnte beim Aufbau ihres Parteiapparates auf umfangreiche konzeptionelle Vorarbeiten aus dem Moskauer Exil zurückgreifen. Allerdings mußte sie ihre Planungen mehrmals den veränderten politischen Rahmenbedingungen anpassen.<sup>26</sup> Insbesondere die Planungen hinsichtlich des zu erwartenden bzw. von der KPD mit zu schaffenden Par-

---

1993. Keiderling legt fast durchgehend Faksimiles vor, wobei die Faksimilierung von 20 Jahre später und nicht vom Autor erstellten Klarschriften aus quellenkritischer Sicht allerdings wenig Sinn macht, außer daß auf diese Weise eine sehr schnelle Publikation möglich wurde. Auf besonders auffällige Differenzen zwischen den von Piecks Tochter angefertigten Klarschriften und seinen Originalnotaten wird von Keiderling jedoch hingewiesen. In das Personenregister wurden leider nur jene Personen aufgenommen, die der Herausgeber für erwähnenswert hielt („die zeitgeschichtlich auf zentraler und Berliner Ebene sowie in Parteien und Organisationen eine größere Rolle gespielt haben“), wobei auch bei den aufgenommenen Personen das Register nicht zuverlässig ist.

- 24 S. SVAG. Upravlenie propagandy (informacii) i S. I. Tjul'panov 1945-1949, Sbornik dokumentov [SMAD. Die Verwaltung Propaganda (Information) und S. I. Tjul'panov 1945-1949. Eine Sammlung von Dokumenten], Redaktion Bernd Bonwetsch, Gennadij Bordjugov, Norman Naimark, Moskau 1994.
- 25 S. vor allem Monika Kaiser, Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellung, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, hg. von Jürgen Kocka, Berlin 1993 (Zeithistorische Studien. Hg. vom Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam, Bd. 1), S. 57-86. Kaiser, ehemals Archivarin im Zentralen Parteiarchiv der SED, wertet in ihrem Aufsatz in bezug auf die Struktur des zentralen Parteiapparates vor allem die unveröffentlichten Arbeiten zweier ihrer Kollegen aus. S. Günter Uebel/Erich Woitinas, Die Entwicklung des Parteaufbaus und der Organisationsstruktur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren von 1946 bis 1954 (Ms., „vertraulich, nur für den inneren Dienstgebrauch im Bereich des Parteiarchivwesens bestimmt“), Berlin, Oktober 1966; Erich Woitinas, Die Entwicklung des Parteaufbaus und der Organisationsstruktur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren 1946 bis 1950 (Abschlußarbeit für die Staatsprüfung zum Diplomarchivar), Berlin, 30. 12. 1965. Für die damals schließlich als öffentlichkeitstauglich befundene Kurzfassung s. dies., Zur Entwicklung des Parteaufbaus und der Organisationsstruktur der SED bis zu ihrem III. Parteitag 1950, in: BZG 12/1970, S. 606ff.
- 26 S. dazu Erler/Laude/Wilke, „Nach Hitler ...“, passim. Vgl. auch den Beitrag von Horst Laude in diesem Band.

teiensystems mußten nach der Konferenz von Jalta korrigiert werden.<sup>27</sup> Noch während der Konferenz forderte Georgij Dimitrov, vormals Generalsekretär der Komintern und zu der Zeit als Leiter der Abteilung für Internationale Information auch für die Exil-KPD zuständig, Wilhelm Pieck dazu auf, Kader für den Einsatz im besetzten Deutschland vorzuschlagen. Zwar machte Dimitrov Pieck klar, daß „jetzt nicht Kurs auf neue Regierung“ zu nehmen, sondern die Lage „sehr schwer“ sei und Deutschland „militärisch besetzt und ökonomisch entwaffnet“ werde. „Aus dem Kampfe“ aber, so Dimitrov nach den Notizen von Pieck, werde „eine große richtige KP entstehen.“<sup>28</sup> Aus dieser Bemerkung Dimitrovs hatte die Moskauer KPD-Führung offenbar noch nicht den Schluß gezogen, daß an eine Wiedergründung der KPD nicht mehr unmittelbar nach Kriegsende zu denken sei. Zwar war sie angesichts der Ergebnisse der Jalta-Konferenz etwas irritiert, und Pieck bat deshalb am 15. Februar 1945, verbunden mit einem Fragenkatalog, „um eine möglichst baldige Unterredung“ mit Dimitrov unter Beteiligung von Ulbricht und Ackermann.<sup>29</sup> Pieck ging jedoch zunächst noch von einem „sofortige[n] Aufbau einer Parteiorganisation *von oben nach unten*“ aus.<sup>30</sup>

Zwei Tage später wurde Pieck, Ulbricht und Ackermann von Dimitrovs Stellvertreter A. S. Panjuškin in einer Besprechung bedeutet, daß die deutschen Kommunisten, die in die von sowjetischen Truppen besetzten Gebiete geschickt werden sollten, zunächst nicht als Partei aktiv werden könnten. Erst in einer „2. Etappe“ sei an die „Schaffung der KPD“ zu denken.<sup>31</sup> Die Gruppen deutscher Kommunisten sollten lediglich „Organe zur Unterstützung der R[oten]. A[rmees].“ sein.<sup>32</sup> Bereits am 20. Februar legte die Moskauer KPD-Führung eine Kaderliste für den Einsatz in den von der Roten Armee besetzten deutschen Gebieten vor.<sup>33</sup> Wenig später erarbeiteten Dimitrov und Panjuškin ihrerseits für V. M. Molotov, Volkskommissar für äußere Angelegenheiten, und G. M. Malenkov, Leiter der Kaderabteilung der VKP(b),<sup>34</sup> Vorschläge zur politischen Arbeit in den von der Roten Armee besetzten Gebieten, die auf den vorangegangenen Beratungen mit den Moskauer KPD-Führern und

27 Vgl. hierzu den Beitrag von Friederike Sattler in diesem Band und Gerhard Keiderling, Scheinpluralismus und Blockparteien. Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (45) 2/1997, S. 257-296, hier v. a. S. 258ff.

28 Notizen Piecks zur Besprechung mit Dimitrov am 6. 2. 1945, Faksimile von Ur- und Klarschrift in: „Gruppe Ulbricht“, S. 178-184.

29 Schreiben von Pieck an Dimitrov vom 15. 2. 1945, Faksimile der Durchschrift in: ebenda, S. 191f.

30 Hervorhebung durch d. Verf., Notiz von Pieck für eine Besprechung mit Ulbricht und Ackermann am 17. 2. 1945, Faksimile der Klarschrift in: ebenda, S. 200-203.

31 Notiz Piecks zur Besprechung mit Panjuškin am 17. 2. 1945, Faksimile der Ur- und Klarschrift in: ebenda, S. 206-207.

32 S. Notiz von Pieck zur Besprechung bei Dimitrov am 19. 2. 1945, Faksimile der Ur- und Klarschrift in: ebenda, S. 228-230.

33 Vorschlag für den Einsatz von Kadern der KPD zur Unterstützung der Roten Armee in den von ihr besetzten deutschen Gebieten, Faksimile der Durchschrift in: ebenda, S. 234.

34 Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija (bol'shevikov) [Kommunistische Allunionspartei (der Bolschewiken)] nannte sich die KPdSU von 1925-1952. Da die entsprechende deutsche Abkürzung absolut ungebräuchlich und irreführend ist [KAP(b)], wurde auch in den übersetzten Passagen die russische Abkürzung beibehalten.

Informationen und Einschätzungen der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (PURKKA)<sup>35</sup> beruhen.<sup>36</sup>

Die ca. 150 in die engere Wahl genommenen Kader wurden in den nächsten Wochen auf ihren Einsatz vorbereitet, wobei davon ausgegangen wurde, daß im besetzten Deutschland politische Parteien in absehbarer Zeit nicht zugelassen würden.<sup>37</sup> Die Kadergruppen aus Moskau sollten als Arbeitsgruppen der PURKKA politische Schaltstellen übernehmen, für die PURKKA Informationen über politische Aktivitäten einholen und die Kräfte der KPD sammeln und formieren.<sup>38</sup> Auch wenn der Schwerpunkt der Arbeit zunächst in der Unterstützung der Roten Armee beim Aufbau der Verwaltungen liegen sollte, blieb der Wiederaufbau der KPD natürlich weiterhin im Blickfeld der Moskauer KPD-Führung.<sup>39</sup>

Ende April 1945, die Rote Armee stand kurz vor der Einnahme Berlins, wurden drei Einsatzgruppen nach Deutschland geschickt, die Gruppe um Gustav Sobottka als Teil der Politischen Verwaltung der 2. Belorussischen Front für Mecklenburg und Vorpommern, jene um Ackermann an die 1. Ukrainische Front für Sachsen, Schlesien und die Lausitz und Ulbrichts Gruppe zur 1. Belorussischen Front zum Einsatz in der Reichshauptstadt. Von einer Besprechung mit Dimitrov unmittelbar vor Abflug der Gruppen am Abend des 29. April hielt Pieck jedoch nochmals fest: „Erst wenn Direktiven kommen – als Partei u[nd] als Leitung auftreten – aber Verbindung mit den Gruppen halten zwecks Information.“ Die Parteikader sollten jedoch bereits registriert und geprüft werden.<sup>40</sup>

Für die Vorbereitungen zum Aufbau eines zentralen Apparates der KPD hatte die für die Reichshauptstadt zuständige Gruppe um Ulbricht besondere Bedeutung. Das Hauptgewicht der Arbeit der „Gruppe Ulbricht“ – als Hilfsorgan der Politischen Verwaltung der 1. Belorussischen Front – lag in Berlin zunächst beim Aufbau der Verwaltungen. Vor dem Eintreffen der Westalliierten sollten Verwaltungsstrukturen geschaffen werden, in denen die Kommunisten wichtige Bereiche (Personal, Polizei, Bildung) im Griff hatten.<sup>41</sup> Ulbricht hatte jedoch zunächst erhebliche Probleme, die Genossen im Lande auf die neuen Moskauer

---

35 Ausgesprochen „Pur-Ka-Ka“, eigentlich wörtlich: Politische (Haupt-)verwaltung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee; (Glavnoe) Političeskoe upravlenie Raboče-Krest'janskoj Krasnoj Armii. Die PURKKA war das leitende Parteiorgan in den Streitkräften.

36 Notiz G. Dimitrovs und A. Panjuškins für V. Molotov und G. Malenkov über die politische Arbeit in Deutschland, März 1945, nicht vollzogener maschinenschriftlicher Durchschlag (russisch), in: SVAG, S. 21-24.

37 S. Erler/Laude/Wilke, „Nach Hitler ...“, S. 115f.

38 S. Erler/Laude/Wilke, „Nach Hitler ...“, S. 115ff., „Gruppe Ulbricht“, S. 30ff. Vgl. die Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet, 5. 4. 1945, in: ebenda, S. 380-386, Faksimile der Durchschrift in: „Gruppe Ulbricht“, S. 260-265.

39 Vgl. die Rededispositionen Piecks für Lektionen in der Parteischule der KPD, vorgetragen am 1. bzw. 10. 3. 1945, „Probleme des Kampfes für ein neues Deutschland“ bzw. „politisch-organisatorische Probleme beim Wiederaufbau der Partei“, in: Erler/Laude/Wilke, „Nach Hitler ...“, S. 361-379, als Faksimile der Klarschrift und daher fälschlich als zusammenhängender Text unter dem Datum 10. 3. 1945 in: „Gruppe Ulbricht“, S. 236-254.

40 Notizen Piecks von einer Besprechung mit Dimitrov am 29. 4. 1945, 6 Uhr abends, Faksimile der Klarschrift in: „Gruppe Ulbricht“, S. 284-286.

41 S. Leonhard, Die Revolution, S. 334ff.; „Gruppe Ulbricht“, S. 42ff.

Vorgaben festzulegen (keine sofortige Parteigründung, Konzentration auf den Wiederaufbau der Stadtverwaltungen zusammen mit den anderen politischen Kräften). Überall bildeten sich spontane Antifa-Komitees, Parteibüros etc.<sup>42</sup> Während Ulbricht einerseits mit der „Liquidierung“ dieser Komitees befaßt war, traf er gleichzeitig Vorbereitungen für den Aufbau eines Parteiapparates. In dem sich in der Prinzenallee (heute Einbeckerstraße) befindenden Quartier der 7. Abteilung der PUR der 1. Belorussischen Front sowie dem von Ulbrichts Gruppe wurden die Grundlagen für den Aufbau des zentralen Parteiapparates der KPD gelegt.

Mitte Mai schrieb Ulbricht an Dimitrov, er „brauche dringend Kräfte für die organisatorische Arbeit“, und bat darum, Kader nach Berlin zu schicken. Es werde notwendig sein, eine – nach Ulbrichts Vorstellungen aus fünf nicht näher bezeichneten Personen bestehende – „nicht legale provisorische Leitung für Berlin“ zu schaffen. Ulbricht ging davon aus, daß die neue Partei „zu dreiviertel aus neuen Mitgliedern bestehen“ müsse, und drängte daher auf die Schaffung einer Kaderabteilung der Partei. In Berlin umfasse die Parteiorganisation bereits „mehr als 5000 Genossen, die vor 1933 Mitglied der Partei waren“. Es sei „nicht leicht“ gewesen, „ihnen zu erklären, warum die Partei noch nicht öffentlich auftreten kann.“<sup>43</sup>

Eine knappe Woche später, am 23. Mai, alarmierte Ulbricht Dimitrov, da in Berlin „die Sozialdemokraten, linke Sozialdemokraten, Zentrumsleute, frühere Gewerkschaftsführer mit der Organisierung ihrer Verbindungen“ begonnen hätten.<sup>44</sup> Mit demselben Datum ging ein Schreiben an Pieck, dem „die Kopie eines Planes für die Organisation des Apparates, der jetzt vorbereitet wird“, beigelegt war.<sup>45</sup> Ob bzw. gegebenenfalls wann Pieck den Brief Ulbrichts bekommen hat, konnte noch nicht geklärt werden.<sup>46</sup> Pieck war in die Entscheidungsprozesse in Moskau hinsichtlich der Entwicklung in Deutschland, des Kadereinsatzes etc. nicht sonderlich fest eingebunden.<sup>47</sup> Er wurde aber in einer Besprechung mit Dimitrov

42 Vgl. ebenda, S. 69-83, im Dokumententeil S. 289ff. Zu den Aktivitäten Ulbrichts im Nachkriegsberlin vgl. auch den Beitrag von Friederike Sattler in diesem Band.

43 Rekonstruierte Notizen aus einem Bericht des Gen. Walter Ulbricht an Gen. Dimitrov vom 17. Mai 1945, Faksimile der „korrigierten Reinschrift“ in: „Gruppe Ulbricht“, S. 352-354.

44 Ulbricht an Dimitrov, 23. 5. 1945, Faksimile der vollzogenen Reinschrift, in: ebenda, S. 376f.

45 Schreiben von Ulbricht an Pieck, 23. 5. 1945, SAPMO-BArch NY 4182/851, Bl. 141, Faksimile der vollzogenen Reinschrift in: ebenda, S. 374-375.

46 Der Brief und Teile der in ihm erwähnten Anlagen (nicht alle) liegen nur als vollzogene Reinschrift Ulbrichts in dessen Nachlaß vor. In einem Brief an Ulbricht, datiert auf den 26. 5., bedankte sich Pieck lediglich für Ulbrichts Schreiben vom 17. 5. und teilte mit, er habe von Ulbrichts „Telegramm“ an Dimitrov vom 23. 5. „Kenntnis“ erhalten. Nach dem handschriftlichen Postskriptum Piecks auf seinem Durchschlag gab er seinen Brief Lotte Kühn (-Ulbricht) am 28. Mai nach Deutschland mit. Ein Hinweis auf zusätzlich zum Brief vom 17. Mai erhaltene Materialien wurde von Pieck nicht gemacht. S. Brief von Pieck an Ulbricht, 26. 5. 1945, Durchschrift mit handschriftlichem Postskriptum faksimiliert in: „Gruppe Ulbricht“, S. 402f.

47 In seinem Brief an Ulbricht vom 26. 5. 1945, s. ebenda, schreibt Pieck, er habe mit dessen Brief „zum ersten mal einen kleinen Einblick in Eure Arbeit“ erhalten. Drei Tage später beklagte er sich bitter bei Dimitrov, er sei über für den „Einsatz in Deutschland vorgesehene Genossen und Antifaschisten und über ihre Verteilung auf die drei Gebiete Berlin, Stettin und Sachsen [...] teils erst in letzter Minute,

und einigen seiner Mitarbeiter sowie Offizieren der 7. Abteilung der PURKKA am 25. Mai über Ulbrichts Schreiben an Dimitrov vom 23. Mai in Kenntnis gesetzt.<sup>48</sup> In dieser Besprechung bekräftigte Dimitrov anlässlich der bevorstehenden Abreise von Kadern nach Deutschland gegenüber Pieck, die Abreisenden stünden „nicht zur Verfügung der KPD“, sondern „zur Verfügung der R[oten] A[rmee] – ihrer Organe“. Pieck notierte sich auch Dimitrovs Vertröstung: „Es wird Zeit kommen, wenn KPD als Partei, dann leichter zu arbeiten.“<sup>49</sup>

Einen Tag später ging vom Stellvertreter der 7. Verwaltung der PURKKA, V.G. Sapošnikov, ein Telegramm nach Moskau, in dem dieser darauf drängte, Organisationsmöglichkeiten für die sich immer stärker regenden politischen Kräfte zu schaffen. Ulbricht habe diese Frage bereits in Moskau gestellt, jedoch noch keine Antwort erhalten. Sapošnikov beklagte auch, daß während einer Besprechung, die er „in Anwesenheit von unseren Genossen“ mit der „Gruppe Ulbricht“ durchgeführt habe, „ein großer Mangel an antifaschistischen Kadern und gewisse Unregelmäßigkeiten in der Arbeit festgestellt“ wurden.<sup>50</sup> Am selben Tag, am 26. Mai, gab Stalin nach bisherigen Erkenntnissen die Anweisung, die Bildung von Parteien und Gewerkschaften zuzulassen.<sup>51</sup>

Wann und in welchem Umfang Pieck vor dem 4. Juni von Stalins Entscheidung unterrichtet wurde, geht aus den bisher bekannten Quellen nicht hervor. Ulbricht hatte, als er am 23. Mai Pieck über seine Vorbereitungen für den Aufbau des Parteiapparates informierte,

---

teils überhaupt nicht informiert“ worden. S. Faksimile der Durchschrift, in: „Gruppe Ulbricht“, S. 416f.

- 48 Pieck fertigte sich, nachdem ihm Ulbrichts Brief verlesen worden war, eine Rekonstruktion dieses Berichtes an. Er notierte sich u. a.: „Die linken SPD-Leute und frühere Gewerkschaftler fangen an sich zu organisieren.“ SAPMO-BArch NY 4036/629, Bl. 56. Den Brief selbst erhielt Pieck erst am 29. 6. 1945, also erst kurz vor seinem Rückflug nach Berlin am 1. 7. 1945, offenbar zusammen mit einigen anderen Briefen, u. a. einem von Lotte Kühn an Pieck (Urschrift) vom 30. 5. 1945, kurz nach Lotte Kühn(-Ulbrichts) Rückkehr nach Berlin, und einem von Ulbricht an ihn vom selben Tag.
- 49 Notiz Piecks zur Besprechung bei Dimitrov am 25. 5. 1945, 4 Uhr, Faksimile von Ur- und Klarschrift, in: „Gruppe Ulbricht“, S. 383-388.
- 50 Telegramm von der 1. Belorussischen Front vom 26. 5. 1945, Sapošnikov, Übersetzung, SAPMO-BArch NY 4036/734a, Bl. 21. An wen das Telegramm gerichtet war, geht aus der im NL Pieck befindlichen Übersetzung nicht hervor, auch nicht, wann Pieck die Abschrift in die Hand bekam.
- 51 Einziger Beleg für dieses Datum ist jedoch eine zwar mehrfach publizierte, hinsichtlich ihrer Interpretation (Zeitpunkt, Berichterstatter, Kontext) aber höchst umstrittene Notiz Piecks vom 4. 6. 1945. Für einen knappen Überblick über die verschiedenen Positionen s. Jochen Laufer, „Genossen, wie ist das Gesamtbild?“ Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau im Juni 1945, in: DA (29), 3/1996, S. 355-371, hierzu S. 356. Die (bisher) überzeugendste Edition und damit im wesentlichen auch Interpretation ist m. E. jene von Heinrich Bodensieck, Wilhelm Piecks Moskauer Aufzeichnungen vom '4/5' – ein Schlüsseldokument für Stalins Deutschlandpolitik? in: Alexander Fischer (Hg.), Studien zur Geschichte der SBZ/DDR, Berlin 1993, S. 29-55. Folgt man Bodensieck, dann geht die Notiz Piecks, es habe am 26. 5. 1945 eine „Anweisung“ gegeben, nach der Parteien u[nd] Gewerkschaften erlaubt“ seien, sehr wahrscheinlich auf einen Bericht Ulbrichts nach einer Besprechung mit Stalin am 4. 6. 1945 zurück (s. ebenda, S. 39 und 42, für die Notiz selbst S. 52 und 54; Die Anweisung kann allerdings noch nicht, wie Bodensieck schreibt, „bereits am 26. Mai der SMAD [sic!] erteilt“ worden sein, da die SMAD formal erst am 9. 6. 1945 mit dem Befehl Nr. 1 geschaffen wurde.). Zur Besprechung am 4. 6. 1945 s. u.

noch die Versicherung nachgeschoben, dies geschehe „selbstverständlich [...] zunächst in einer solchen Form, die nicht erkennen läßt, worum es sich handelt.“<sup>52</sup> Am 30. Mai schrieb er an Pieck, daß sie jetzt „mit einer systematischen ideologischen Arbeit beginnen“ können und „schneller vorwärtskommen“, da „uns jetzt Zusammenkünfte der Funktionäre und Genossen erlaubt sind“.<sup>53</sup> Ulbricht war offensichtlich von einer gewissen Änderung in der sowjetischen Politik in Deutschland informiert. Betrachtet man jedoch die Umstände der tatsächlichen Zulassung der Parteien vorausgehenden Moskaureise von Ulbricht, Ackermann und Sobottka vom 4. bis zum 10. Juni (s. u.), dann ist eher zu bezweifeln, daß er auch bereits von der unmittelbar bevorstehenden Zulassung von Parteien wußte. Allerdings waren Ende Mai alle Voraussetzungen für den Aufbau der Partei von Ulbricht und seinen Mitarbeitern geschaffen. Am 7. Juni berichtete er in Moskau:

„In allen Berliner Stadtbezirken sind Leitungen zum Aufbau von Parteiorganisationen geschaffen worden, es haben Versammlungen der Funktionäre stattgefunden über die Arbeit und Neuregistrierung der Parteimitglieder, die da waren, die früher, vor 1933, in diesen Stadtbezirken wohnten, und der, die später zur Partei gekommen sind. Genauso werden von den Bezirkspartei Komitees die Antifaschisten erfaßt, die geeignet und willens sind, der Partei beizutreten.“<sup>54</sup>

Als Pieck am 30. Mai zu einer Besprechung mit Dimitrov zusammentraf, hatte er zumindest grobe Kenntnisse,<sup>55</sup> daß eine Zulassung der Partei in absehbarer Zeit zu erwarten war. Nach den Notizen von Pieck war die Schaffung eines Sekretariats und eines „Pol.Büro[s] des ZK“ im Gespräch, was in dieser Form aber nicht umgesetzt wurde.<sup>56</sup> Als Grundlage für den Etat des ZK der KPD, über den ebenfalls bereits gesprochen wurde und zu dem Pieck eine „personelle Aufstellung“ vorlegte, könnte die von Ulbricht im Brief an Pieck vom 23. Mai

52 Schreiben von Ulbricht an Pieck, 23. 5. 1945, SAPMO-BArch NY 4182/851, Bl. 141, Faksimile der vollzogenen Reinschrift in: ebenda, S. 374-375. Vgl. Anm. 46.

53 Ulbricht an Pieck, 30. 5. 1945, Faksimile der vollzogenen Reinschrift in: „Gruppe Ulbricht“, S. 430f. Vgl. Anm. 46.

54 Ulbricht fügte noch an, daß „sowohl für ehemalige Kommunisten, wie auch für neue, die in die Partei aufgenommen werden“, die „Hauptfrage [...] die Frage der Umerziehung“ sei. S. Stenogramm der Mitteilungen der Genossen Ackermann, Ulbricht und Sobottka über die Lage in Deutschland, 7. 6. 1945, Abt. Internationale Information des ZK der KPdSU (B) [sic!], Übersetzung aus dem Russischen, in: Laufer, „Genossen, wie ist das Gesamtbild?“, S. 367.

55 Folgt man Bodensiecks Interpretation der Pieck-Notizen vom 4. 6. 1945, dann kann aus dem Dokument nicht, wie Keiderling es tut, geschlossen werden: „Am 26. Mai ereilte Pieck die Nachricht, daß 'Parteien und Gewerkschaften erlaubt sind'“. S. Gruppe Ulbricht“, S. 90, vgl. auch ders., Scheimpluralismus und Blockparteien, S. 270. Da unmittelbar vor dem Bericht bei Pieck nur Ulbricht und Ackermann (und eventuell Sobottka, vgl. Anm. 60) bei Stalin waren, ist davon auszugehen, daß Pieck hier von den beiden über das Gespräch bei Stalin informiert wurde, unter anderem auch über das Datum, an dem Stalin die Anweisung gegeben habe, Parteien und Gewerkschaften zu erlauben.

56 Besprechung bei Dimitrov, 30. 5. 1945, 18 Uhr, Faksimile von Ur- und Klarschrift in: „Gruppe Ulbricht“, S. 432-440. Nur der erste Teil der Notizen betrifft die Besprechung am 30. 5. 1945, vgl. ebenda, S. 440 (Anm. 1). Die Notizen enthalten zahlreiche Streichungen und Randbemerkungen und lassen keine Rückschlüsse darauf zu, inwiefern hier bereits Einigkeit mit Dimitrov im Sinne von relativ verbindlichen Absprachen erzielt wurde oder nur Überlegungen ausgetauscht wurden.

erwähnte „Kopie eines Planes für die Organisation des Apparates“ gedient haben.<sup>57</sup> Im Nachlaß Ulbrichts fand sich eine maschinenschriftliche Erstschrift eines „Plan[s] für die Organisation des Apparates bis 1. August“, die von Ulbricht handschriftlich auf den „23. 5. 45“ datiert ist. Bei dem Dokument handelt es sich sehr wahrscheinlich um den im Brief erwähnten und von Keiderling vermißten<sup>58</sup> Plan.<sup>59</sup> Ist die Datierung korrekt, ist Ulbrichts Plan, unabhängig davon, ob er beim Gespräch mit Dimitrov am 30. Mai als Grundlage diente oder nicht, aus mehreren Gründen interessant. Erstens belegt er, daß Ulbricht bereits Mitte Mai bis ins Detail gehende Pläne für den Aufbau des zentralen Parteiapparates ausgearbeitet hatte. Zweitens ging Ulbricht offenbar bereits zu diesem Zeitpunkt davon aus, daß ein solcher Apparat in allernächster Zeit würde aufgebaut werden können („bis 1. August“). Er entspricht außerdem in großen Teilen auch dem am 9. Juni in Moskau beschlossenen Stellenplan, der als „Grundlage für den Etat des ZK der KPD“ galt.

Zwar konnten die in Moskau für den Einsatz in Deutschland ausgewählten deutschen Kommunisten zunächst nur als Hilfsorgane der Roten Armee in Deutschland arbeiten. Auch waren Form und Zeitpunkt des „offenen Auftretens“ als Vertreter der KPD zunächst ungeklärt. Am Wiederaufbau der Partei gab es jedoch keine Zweifel, und Ulbricht begann in Berlin sofort mit den organisatorischen Vorarbeiten für den Aufbau eines Parteiapparates.

## 2. Die Beratungen der sowjetischen Führung mit der KPD-Spitze in Moskau im Juni 1945

In der Nacht vom 3. zum 4. Juni wurden Ulbricht, Ackermann und Sobottka als Leiter der Einsatzgruppen zur Berichterstattung nach Moskau gerufen, um die Modalitäten der unmittelbar bevorstehenden Zulassung von politischen Parteien durch die SMAD und des Neuaufbaus der KPD zu erfahren. Der genaue Ablauf dieser Moskareise liegt noch weitestgehend im dunkeln. Auch können für einige als Ergebnis der Beratungen Anfang Juni vorgenommene Korrekturen an den bisherigen Planungen für die Leitungsgremien der Partei und den Aufbau des Apparates hinsichtlich der Ursachen und Hintergründe nur Vermutungen angestellt werden.

Festzustehen scheint, daß Ulbricht und Ackermann, aber nicht Pieck und eventuell auch nicht Sobottka, noch am Tage ihrer Ankunft in Moskau zur Berichterstattung bei Stalin

---

57 Vorausgesetzt, Pieck hat zu diesem Zeitpunkt bereits über den Brief samt Anlagen verfügt. Vgl. Anm. 46.

58 S. „Gruppe Ulbricht“, S. 375 (Anm. 4).

59 Plan für die Organisierung des Apparates bis 1. August, [hs. 23. 5. 1945], SAPMO-BArch NY 4182/246, Bl. 42 (VS und RS). In der Akte befinden sich ansonsten hauptsächlich Fotokopien und von Ulbricht „korrigierte“ Abschriften von Dokumenten, die Mitte der 60er Jahre von Ulbricht und Historikern des IML zur Veröffentlichung vorbereitet wurden. Dabei sind offensichtlich auch einige wenige Originaldokumente aus dem damaligen Privatarchiv Ulbrichts nicht an ihren dortigen ursprünglichen Aufbewahrungsort zurückgelangt, u. a. der o. g. Plan.